

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

FREITAG, DEN 13. JULI 1956

(Beginn der Sitzung: 9.06 Uhr)

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte Platz zu nehmen. Genossinnen und Genossen! Ich eröffne die Sitzung und bitte damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst den Arbeitsbericht des Parteivorstands entgegennehmen, dann den Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion und schließlich abschließend die Wahlen vornehmen. Diese Umstellung ist aus technischen Gründen erforderlich; die Vorstandswahl kann ja erst vorgenommen werden, wenn der Bericht des Parteivorstandes den Delegierten erstattet worden ist.

Damit aber jetzt schon jeder Delegierte weiß, auf welcher Grundlage die Wahl des Parteivorstandes vorgenommen werden muß, werde ich zunächst über Punkt 7a der Tagesordnung entscheiden lassen, das ist Antrag 106. Parteivorstand und Parteausschuß schlagen folgenden Beschluß vor:

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten und 23 unbesoldeten Mitgliedern.

Dieser Beschluß muß an jedem Parteitag neu gefaßt werden, und zwar vor der Vorstandswahl. Die Annahme dieses Vorschlags würde auch bedeuten, daß Antrag 56, der sich auf eine Änderung des Organisationsstatuts bezieht, hinfällig wird.

Wünscht jemand zu diesem Punkt das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung: Wer dem Antrag 106 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Stimmzeichen. — Danke. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen so beschlossen. — Damit ist, wie schon gesagt, Antrag 56 auch mit erledigt.

Ich bitte, eventuelle Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes, wenn möglich sofort, schriftlich hier einzureichen. Um 9.30 Uhr wird die Liste geschlossen. Wer also noch Vorschläge hat, den bitte ich, so freundlich zu sein, sie sofort schriftlich hier einzureichen.

Wir treten dann in die Beratung der Arbeitsberichte ein; zunächst erteile ich dem Genossen Kukil das Wort.

Arbeitsberichte des Parteivorstandes

Max Kukil—Organisation: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Meine Ausführungen zu Punkt 5a — Organisation — sollen, soweit dies im Rahmen dieser Berichterstattung möglich ist, Ergänzungen zu den Veröffentlichungen im Jahrbuch darstellen. Mehr denn je sehen unsere Gegner auf diesen Parteitag und die auf ihm gefaßten Beschlüsse. Das trifft auch für die Organisation zu, weil auf den in den letzten Monaten stattgefundenen Parteitagen anderer Parteien in der Bundesrepublik die Bedeutung der politischen Organisation stär-

ker als sonst hervorgehoben wurde. Die CDU hat in Stuttgart zu erkennen gegeben, daß sie sich bemüht, aus dem Zustand einer Wählerpartei herauszukommen, eine verstärkte Organisation aufzubauen, um dadurch mehr Mitglieder und eine größere politische Stabilität zu gewinnen. Finanzielle Mittel in unbeschränkter Höhe scheinen den politischen Erfolg für die Dauer allein nicht zu garantieren. (Sehr gut.) Deshalb wird bei der CDU unter anderem Wert darauf gelegt, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in allen Bundestagswahlkreisen hauptamtliche Sekretäre tätig sind — ein Zeichen dafür, wie wichtig die bevorstehenden Auseinandersetzungen genommen werden. Auch bei einer Reihe unserer Bezirke sollten Überlegungen angestellt werden, in welcher Form die Zahl unserer Sekretariate vermehrt werden kann, und wie die hauptamtlichen Kräfte in größerem Umfang als bisher vornehmlich organisatorische Arbeiten leisten können. Wir wissen um die Vielfältigkeit der Arbeit in unseren Sekretariaten. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß zur Verbreiterung unserer Idee, zur Gewinnung von neuen Wählern und Mitgliedern, zu einem politischen Erfolg also, ein entsprechendes politisches Klima und eine schlagkräftige und einsatzfähige Organisation gehören. Letztere kann nur geschaffen werden, wenn man der Organisationsarbeit eine erhöhte Bedeutung beimißt. Arbeit in der Organisation war einst für viele unserer Parteifreunde die erste und oft auch die beste Schule für ihre spätere Funktion, die sie in Staat, Parlament oder in der Verwaltung bekleidet haben. Der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei ist nicht *nur* Angestellter, sondern der gewählte Vertrauensmann, der seine Funktion hauptamtlich ausübt. Organisationsfragen sind in den letzten zwei Jahren auf zahlreichen Konferenzen behandelt worden. Wir sind stolz auf die erzielten Erfolge, sprechen aber auch die Schwächen an und bemühen uns gemeinsam, sie abzustellen.

Bis auf Hamburg und Baden-Württemberg fanden in allen übrigen Ländern in der Berichtszeit Landtagswahlen statt, die der Partei gegenüber der Bundestagswahl 1953 erhebliche Erfolge brachten. Bei diesen Wahlkämpfen zeigte sich zum großen Teil die stärkste Aktivität und Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und Vertrauensleute. Dort, wo die Erfolge unter dem Durchschnitt lagen, müssen wir nach den Ursachen forschen und für Abstellung sorgen.

Ich sprach von erheblichen Erfolgen. Hierfür gibt es Beweise. Wenn man die bei den Landtagswahlen für die CDU und für unsere Partei abgegebenen Stimmen auf die einzelnen Bundestagswahlkreise in den Ländern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen umrechnet, so hätte praktisch die CDU statt 140 nur 95 Direktmandate und unsere Partei anstatt 39 jetzt 99 Direktmandate. Bei der Bundestagswahl 1953 konnte die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen in 54 von 65 Wahlkreisen die 40-Prozent-Grenze überschreiten; bei der Landtagswahl 1954 gelang ihr dies nur noch in 33 von 65 Bundestags-Wahlkreisen. Den größten Stimmenrückgang in einem Bundestagswahlkreis in Nordrhein-Westfalen mußte die CDU mit rund 33000 Stimmen im Wahlkreis Bonn Stadt und Land hinnehmen. Es handelt sich hier um den Wahlkreis von Dr. Konrad Adenauer. Während unsere Mitgliederbewegung im Jahre 1954 noch mit 3,6 Prozent rückläufig war, ist sie 1955 erfreulicherweise stabil geblieben. Die Zahl unserer Mitglieder betrug Ende 1954 585479 und Ende 1955 585158; mit dem Bezirk Saar betrug sie sogar am 31. 12. 589051. Besonders hervorzuheben ist, daß eine Reihe von Bezirken einen nicht unwesentlichen Zugang an Mitgliedern aufzuweisen

haben. An der Spitze der Erfolge liegt der Bezirk Franken. Dieser und einige andere Bezirke haben den Beweis erbracht, daß durch entsprechende Vorarbeiten, durch immer wiederkehrende Hinweise und durch planmäßige Werbung ein Erfolg nicht ausbleibt (Beifall). Allen, die hier mitgearbeitet haben, gebührt unser besonderer Dank (Beifall).

Im Herbst 1955 begann eine verstärkte Werbung, wobei bis Ende Dezember 10208 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Bei diesen Aufnahmen handelt es sich nur um solche, die durch neue Aufnahmescheine registriert und deren Zweitschrift an den Parteivorstand geschickt wurden. In Wirklichkeit liegt die Zahl höher. Im Jahre 1954 waren es insgesamt 26811 und im Jahre 1955 39177 Neuaufnahmen. Die verstärkte Werbung wird 1956 weitergeführt. Sie ist und muß eine Daueraufgabe für die gesamte Partei sein. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1956 wurden dem Parteivorstand 17870 Neuaufnahmen gemeldet, so daß die von uns erfaßten Neuaufnahmen vom Oktober 1955 bis 30. Juni 1956 sich auf 28078 belaufen. Die Neuaufnahmen an der Saar sind hierbei nicht berücksichtigt.

Die Neuaufnahmen haben wir berufs- und altersmäßig erfaßt. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, es ist für unsere kommende Arbeit, aber auch für unsere Einstellung notwendig, über diese Zahlen etwas zu sagen. 53,3 Prozent der neuen Mitglieder sind Arbeiter, 14,6 Prozent sind Angestellte, 12,7 Prozent sind Hausfrauen. Die restlichen Prozente verteilen sich auf übrige Berufe. Die altersmäßige Gliederung der neuen Mitglieder ergibt folgendes Bild: 27,5 Prozent befinden sich im Alter von 18 bis 30 Jahren, 23,9 Prozent stehen im Alter von 31 bis 40 Jahren, 23,3 Prozent von 41 bis 50 Jahren. Das heißt, daß von den neuen Mitgliedern 51,4 Prozent im Alter bis zu 40 Jahren stehen und 74,7 Prozent bis zum Jahrgang 1905, also bei den 50jährigen anzusetzen sind.

Ich darf ferner berichten, daß nach den Abrechnungen vom 1. Quartal 1956 von 19 Bezirken unserer Partei 18 Bezirke nicht nur einen Brutto-, sondern einen Netto-Zugang an Mitgliedern aufweisen können. Hinzu kommen noch die Zugänge des Landesverbandes Saar. Die Behauptungen unserer Gegner, daß unsere Mitgliederbewegung rückläufig sei, wird durch diese Tatsachen widerlegt. Für die neuen, besonders die jungen Mitglieder haben wir aber eine besondere Verpflichtung, indem wir uns um sie kümmern, sie für die praktische Parteiarbeit interessieren. Sie müssen sich in der Partei wohl fühlen; denn diese jungen Mitglieder von heute sind die Vertrauensleute von morgen.

Im Saargebiet bestanden im Jahre 1955 nach der Zulassung der deutschen Sozialdemokratischen Partei zwei sozialdemokratische Parteien. Die deutsche Sozialdemokratische Partei Saar hat am 19. November 1955 die Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ beschlossen. Damit ist die Zahl unserer Parteibezirke von 19 auf 20 gestiegen. Nachdem die saarländische Bevölkerung sich gegen das Saarstatut und damit für die Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik entschieden hatte, gab es für zwei sozialdemokratische Parteien an der Saar keine Daseinsberechtigung mehr. Am 18. März 1956 hat die Sozialdemokratische Partei Saar — SPS — auf einem außerordentlichen Parteitag mit 228 gegen 21 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen beschlossen, sich aufzulösen und ihren Mitgliedern empfohlen, die Mitgliedschaft in der SPD zu erwerben (Beifall). Wir hoffen und wünschen,

daß es in der kommenden Zeit möglich sein wird, durch erhöhte Tatkraft die sozialistische Position an der Saar weiter auszubauen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. — Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch unseren Dank sagen den Bezirken und unseren Sekretären, die in zwei Wahlkämpfen unter großer Mühewaltung ihre Arbeit für die sozialdemokratische Partei an der Saar geleistet haben (Beifall).

Ein besonderes Problem für die Organisation sind die Großstädte und die heute in den Großstädten wohnenden Menschen geworden. In den durch Kriegseinwirkungen zum Teil schwer zerstörten Großstädten wurden nach 1945 insbesondere von Sozialdemokraten große Arbeitsleistungen vollbracht. Inzwischen haben die Großstädte die Vorkriegsbevölkerungszahlen zum Teil überschritten. Die Zahl der Einwohner in den 50 Großstädten einschließlich West-Berlin stieg allein von 1950 bis 1955 um mehr als 2 Millionen Menschen. Nicht alle Großstädte zeigen eine Entwicklung auf wie Dortmund, wo zum Beispiel im Jahre 1955 die Zunahme der Einwohner 2,6 Prozent und die unserer Mitglieder 5,1 Prozent betrug (Beifall). In einer Reihe von Großstädten hat sich die Zunahme der Mitglieder nicht in gleichem prozentualen Umfang erhöht wie die der Bevölkerung. Dabei besteht für die Dauer gesehen die Gefahr, daß die Partei nicht nur in ihrem Mitgliederbestand, sondern auch bei den Wahlen zahlenmäßig zurückbleibt. Hier zeichnet sich eine Entwicklung ab, der größte Aufmerksamkeit zu widmen ist.

Berücksichtigt werden muß auch die allgemeine Umschichtung weiter Bevölkerungsgruppen, die in erster Linie in den Großstädten ihren Niederschlag findet. Durch den Zuzug von Menschen aus Mittel-, Kleinstädten und Dörfern nach den Großstädten, durch den Einstrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen ergibt sich eine völlig neue Bevölkerungsstruktur. Besonders in den neu erbauten Stadtteilen, vor allem an der Peripherie der Städte, sind Wohnviertel mit einem Eigenleben abseits der bisherigen Großstadt entstanden. Die heutige schnelle Zeit, in der die Kulturaufgaben vielfach in eine Kulturkonfektion mit ihrer Vergnügungsindustrie ausmünden, bringt es mit sich, daß der Großstadtmensch sich weniger der Gemeinschaft verbunden fühlt. Er neigt dazu, anonym zu leben. Die Menschen aus dieser Anonymität herauszuholen ist damit eine politische Aufgabe für die Partei. Besonders die neuen Bewohner der Großstädte müssen in anderer Form als bisher und mit anderen Methoden angesprochen werden. Hierzu gehört unter anderem die Schaffung zeitgemäßer Bildungseinrichtungen und das Interesseerwecken für kommunalpolitische Angelegenheiten, die auch den einzelnen betreffen. Von unserer Partei ging früher in den Großstädten stärker als heute eine politische und organisatorische Kraft aus. Es genügt deshalb nicht, neben Distrikts- und Abteilungsversammlungen gelegentlich auch im Ortsverein allgemeine Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen abzuhalten. Es fehlen vielfach die regelmäßigen Funktionärsversammlungen der Ortsvereine. Der Kreis der Vertrauensleute muß erweitert werden, und zwar auf alle Sozialdemokraten, die eine Funktion, gleich an welcher Stelle oder in welcher Organisation, ausüben. Wir werden demnächst einige Zahlen unserer Großstadtorganisation den Bezirken an die Hand geben, damit von ihnen überprüft werden kann, in welcher Form schon im Herbst dieses Jahres eine verstärkte politische Arbeit einsetzen kann. Hier müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um unsere Position planmäßig auszubauen. Dabei sollte man nicht vergessen,

auch an alte, bewährte Arbeitsmethoden zu erinnern. Ich denke dabei nur an das Straßenvertrauensleutesystem, dessen Art und Bedeutung oft völlig falsch beurteilt wird. Unsere Parole für die Arbeit in den Großstädten muß lauten: Verstärkt die Position unserer Partei mit dem Ziel: mehr Städte mit sozialdemokratischer Mehrheit!

Die politische Entwicklung unserer Partei in den Großstädten sowohl positiv als auch negativ läuft parallel mit der Entwicklung der industriellen Schwerpunkte in der Bundesrepublik. In manchem der Betriebe dieser Schwerpunkte müßte unser Einfluß erheblich stärker sein, zumindest stärker in Erscheinung treten. An anderen Stellen, zum Beispiel im Bochumer Verein, in einer Reihe von Betrieben in Bremen, Hamburg, Hessen und anderwärts, haben wir dagegen eine imponierende Aktivität und damit einen organisatorischen Auftrieb zu verzeichnen. Während an einer Reihe von Plätzen ein erheblicher Teil der Mitgliederneuaufnahmen in den Betrieben erfolgt ist, läßt an anderen Orten mit Großbetrieben die Werbung für die Partei manches zu wünschen übrig. Diese positive und negative Feststellung ist in etwa auch ein Spiegelbild unserer sozialdemokratischen Betriebsorganisation, ihres Standes und ihrer Aktivität. Was für die Mitgliederwerbung gesagt werden muß, gilt in ähnlicher Form auch für die in den Betrieben stattgefundenen Wahlen, im positiven Sinne unter anderem für Bremen, wo wir seit Jahren eine politisch aktive und organisatorisch gefestigte Betriebsgruppenorganisation haben.

Unter dem Gesichtspunkt,

daß insbesondere die Belegschaften der Großbetriebe den entscheidenden Teil der Arbeiterschaft repräsentieren und damit den Kern unserer Partei, daß diese Betriebe immer mehr zum Brennpunkt auch der politischen Auseinandersetzung werden,

daß nicht nur die KPD, sondern auch andere politische und weltanschauliche Kräfte und Gruppen sich immer mehr auf diese Betriebe konzentrieren,

daß es außerdem immer schwieriger wird, über die Wohngebiete allein die Menschen anzusprechen und zur demokratischen Aktivität zu bringen,

hat der Parteivorstand nach eingehenden Beratungen und Überlegungen nach Mitteln und Wegen gesucht, die Betriebsorganisation zu fördern, auszubauen und lebendig zu gestalten. Wir gingen davon aus, daß die Organisationsform der Wohngebiete für die aktive Arbeit — besonders in den Großstädten — allein nicht mehr ausreicht und daß sie deshalb zusätzlich durch die politische Betriebsarbeit ausgebaut und gefestigt werden muß. Dabei muß betont werden, daß die Betriebsgruppenarbeit keine Ressorttätigkeit, sondern vielmehr eine politische Verpflichtung sein muß, und zwar der gesamten Partei. Unsere Erfolge bei Parlamentswahlen, in der Kommunalarbeit, in der Werbung, kurzum auf allen Gebieten, hängen mehr und mehr von unserem Einfluß in den Betrieben ab. Der Parteivorstand hat sich deshalb entschlossen, zum weiteren Ausbau der Betriebsorganisationen und zu ihrer speziellen Betreuung einen erfahrenen Genossen aus einem Großbetrieb zusätzlich anzustellen. Wir appellieren auch an dieser Stelle an die gesamte Parteiorganisation, die Arbeit dieses Genossen tatkräftig zu unterstützen. Wir appellieren ebenso an die einzelnen Parteibezirke, dort, wo es noch nicht geschehen ist, die Betriebsgruppenarbeit organisatorisch, materiell und personell mehr als bis-

her zu fördern. Es bedarf auf dem Parteitag auch der Erwähnung, daß viele Berichte, Tagungen und Konferenzen der Partei zeigen, wie erfreulich das Bedürfnis nach stärkerem Ausbau unserer Betriebsgruppenorganisation und ihrer offensiven politischen Gestaltung gewachsen ist. Die Betriebsgruppenorganisation soll aber nicht nur eine Art Feuerwehr sein, sondern vor allem eine politische und positive Stoßkraft für die Partei entfalten zur Verwirklichung ihrer Ziele.

In diesem Zusammenhang auch noch ein paar Worte an unsere Vorstände im allgemeinen. Sorgt bitte dafür, daß Organisationsfragen regelmäßig und eingehend in Euren Vorstandssitzungen als ordentlicher Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Die Probleme der Organisation sind zu wichtig, als daß sie nur unter „Ferner liefen . . .“ angesprochen werden. Etwas Ähnliches gilt auch für unsere Mandatsträger. Es ist notwendig, daß auch sie trotz ihrer umfangreichen parlamentarischen Tätigkeit und der politischen Aufklärung der Wähler in Versammlungen sich um den Stand der Organisation in ihrem Wahlkreis kümmern und den Vorständen und Sekretären bei dem Ausbau der Organisation mit ihrem Wissen zur Verfügung stehen. Dort, wo es bisher geschehen ist, sind nach beiden Seiten die besten Erfolge aufzuweisen.

Nicht unerwähnt bleiben darf die vielfach erfolgreiche Tätigkeit der verschiedensten Arbeitsgemeinschaften in der Partei. Diese Arbeitsgemeinschaften sind keine besonderen Organisationsgliederungen, sondern, und zwar ausschließlich, Bestandteil der Gesamtpartei. Dort, wo die Arbeitsgemeinschaften auf ihren Fachgebieten aktiv tätig sind, können sie sowohl für die Vorstände, die Fraktionen, als auch bei der Werbung wirksame Arbeit leisten. Mit der Vielfältigkeit der Interessen der Menschen ist auch die Arbeit der Partei vielfältiger und umfangreicher geworden. Daß die Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten geleistet werden konnten und die Zahl der sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler gestiegen ist, das danken wir unseren Vertrauensleuten, allen Genossinnen und Genossen, ganz gleich, an welcher Stelle sie stehen, und gleich, ob sie haupt- oder nebenamtlich für die Partei tätig sind. Sie leisten diese Tätigkeit oft unter den größten Schwierigkeiten und persönlichen Opfern, besonders auf dem flachen Land. Dafür auf diesem Parteitag unseren besonderen Dank. (Beifall.)

Auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart wurde im Geschäftsbericht gesagt, der Funktionär der Sozialdemokraten paßt nicht zu uns, zur CDU. Das glauben wir gern. Die Struktur, das Wirken und Wollen beider Parteien ist so verschieden, daß auch der Vertrauensmann unserer Partei ein völlig anderer als der der CDU sein muß. Unser Vertrauensmann mit seiner Arbeit, seiner Opferbereitschaft und seiner inneren Überzeugung ist das Rückgrat der Partei. Es war immer schwerer, Sozialdemokrat, Sozialist zu sein, als einer anderen, sogenannten bürgerlichen Partei anzugehören. Deshalb stellt auch unsere Partei erhöhte Anforderungen an das einzelne Mitglied, besonders an den Vertrauensmann. In diesem Bewußtsein und mit dieser unerschütterlichen Kraft haben wir alle Anstürme, auch die der finstersten Reaktion, überwunden und sind in der Bundesrepublik zahlenmäßig zur stärksten Partei geworden. Die CDU spricht von 245 000 Mitgliedern, die ihr am 1. Januar 1956 angehörten. Wenn diesen 245 000 Mitgliedern der CDU rund 600 000 sozialdemokratische Mitglieder, und zwar solche, die auch ihre monatlichen Parteibeiträge entrichten, gegenüberstehen, so möchte ich sagen, daß wir damit nicht nur mit-

gliedermäßig die stärkste Partei in der Bundesrepublik sind, sondern nach allen echten Verlautbarungen mindestens so viele Mitglieder haben wie alle anderen Parteien in der Bundesrepublik zusammen. (Beifall.)

Es gilt nun, die 600 000 Mitglieder politisch und organisatorisch stärker zu aktivieren, und zwar im Sinne der Herner Beschlüsse. Sorgen wir dafür, daß zu den bisherigen Zehntausenden von Vertrauensleuten weitere Tausende insbesondere aus den neuen Mitgliedern der jüngeren Jahrgänge hinzukommen. Erfüllen wir die uns gestellten politischen und organisatorischen Aufgaben, dann werden wir nicht nur mitgliedermäßig, sondern auch bei den Wahlen in der Bundesrepublik und in einem freien Gesamtdeutschland die stärkste Partei werden (Beifall).

Ich komme nun zu den gestellten Anträgen.

Antrag 53 Kreisverband Rosenheim-Land:

Die Zahl der Delegierten von 300 wird für ausreichend angesehen. Der Antrag, die Delegierten auf die Zahl von 600 zu erhöhen, würde bedeuten, daß an Stelle der bisher 300 Delegierten allein jetzt nach der Mitgliederzahl der Bezirke in der Bundesrepublik 600 Delegierte entsendet werden müssen. Ein Ausgleich durch die Reduzierung der Gastdelegierten würde dadurch nicht erzielt werden, da die Zahl der Gastdelegierten bei 20 Bezirken nur 60 beträgt. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen Ablehnung des Antrags 53.

Antrag 54 Unterbezirk Frankfurt/Main:

Es ist nicht nur ein alter Brauch, daß die Bundestagsfraktion ein Zehntel ihrer Mitglieder zu den 300 Delegierten der Bezirke als Delegierte auf den Parteitag entsendet, sondern eine Notwendigkeit aus der politischen Arbeit der Fraktion heraus. Dies hat sich bestens bewährt. Diesen Zustand sollte man aufrechterhalten. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen deshalb Ablehnung des Antrags.

Antrag 55 Unterbezirk Frankfurt/Main ist zurückgezogen.

Antrag 56 Unterbezirk Frankfurt/Main ist durch die vorhin erfolgte Abstimmung erledigt.

Antrag 57 Unterbezirk München:

Auf Grund einiger Vorkommnisse, die sich auf die Infiltrationstätigkeit der KP und ihrer Tarnorganisationen beziehen, glaubten die Münchner Genossen, daß der § 27 bezüglich der Einleitung von Parteiordnungsverfahren in seiner Formulierung erweitert werden müsse. Die Münchner Genossen sind dabei vom Parteiinteresse ausgegangen, und man wollte verdeutlichen, was parteischädigend ist. Das mag gut sein; denn wir haben darauf zu achten, daß unsere Reihen politisch sauber bleiben. Aber um zersetzende Kräfte aus unserer Partei zu entfernen, dazu brauchen wir keinen umfangreichen Katalog, sondern den Willen, Verstöße eingehend zu untersuchen und nach dem Recht der Partei und ihren Interessen zu entscheiden. Dazu genügen aber die bisherigen Bestimmungen der §§ 26 bis 29 in ihrer Gesamtheit. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen aus diesem Grunde, dem Abänderungsantrag nicht stattzugeben.

Antrag 58 Bezirk Hannover:

Nach Rücksprache im Parteiausschuß wurde eine Übereinstimmung mit den Genossen des Bezirks Hannover über eine Neuformulierung erzielt. Es wird vorgeschlagen, die Neuformulierung des § 29 anzunehmen.

Antrag 59 Kreisverband Rosenheim-Land:

Die Antragsteller wünschen, daß sich der Parteitag mit der Frage der Mitbestimmung der Mitglieder bei wichtigen politischen Entscheidungen befaßt und gegebenenfalls den Mitgliedern eine demokratische Möglichkeit gibt, bei wichtigen politischen Entscheidungen mitzubestimmen. In unserer Partei hat jedes Mitglied die Möglichkeit, mitzubestimmen und mitzuentscheiden, wenn es sein Recht als Mitglied oder Delegierter wahrnimmt. Sollte sich dieser Antrag allerdings auf eine Urabstimmung der Mitglieder beziehen wie die Anträge 60, 61 und 62, so möchte ich sagen: Forderungen nach Urabstimmung der Mitglieder haben gelegentlich auch früher in der Partei eine Rolle gespielt. Sie sind aber bei der Gesamtpartei nie zum Tragen gekommen, weil die Entscheidungen über gestellte Anträge auf Konferenzen vom Ortsverein bis zum Gesamtparteitag getroffen werden. Wichtiger als die Urabstimmung in der Partei ist die aktive Mitarbeit eines jeden Mitglieds. Dadurch ist jeder in der Lage, seinen Einfluß in seiner Organisationseinheit zur Geltung zu bringen. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen deshalb Ablehnung der Anträge 59 bis 62.

Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir zum Schluß einige Ausführungen über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten. Die Zentralstelle der AvS ist neben der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen dem Organisationsbüro angeschlossen. Die Wahrnehmung der Interessen aller durch den Nationalsozialismus Verfolgten ist eine Aufgabe, die auf der politischen Ebene entschieden wird (Sehr wahr!) und an keiner anderen Stelle. Unsere Partei wird sich stets dieser Probleme annehmen und sich darin von niemand übertreffen lassen. Aus dieser politischen Aufgabe ergibt sich unser Beschluß: Die Verfolgtenorganisation der Sozialdemokraten ist die AvS und nicht irgendein Verein oder eine besondere Organisation, gleich welcher Prägung (Beifall). Diese Auffassung entspricht den Beschlüssen der Gesamtpartei.

Mit der Verfolgtenorganisation unserer österreichischen Bruderpartei haben wir die besten Verbindungen. Wir hoffen und wünschen, daß sich die Widerstandskämpfer aller sozialistischen Parteien im Rahmen der Sozialistischen Internationale zusammenfinden. (Erneuter Beifall.)

In der Berichtszeit haben die Zentralstelle und die meisten Bezirksarbeitsgemeinschaften der AvS umfangreiche Arbeiten erledigt. Ich möchte an dieser Stelle allen Genossinnen und Genossen danken für die im Interesse der politisch, rassisch und religiös Verfolgten geleistete Arbeit, sei es durch Beratung, durch Vertretung vor den Gerichten, sei es bei der Erarbeitung von Vorschlägen für die Novelle oder durch die Arbeit im Parlament und in den Ausschüssen. Eine Reihe unserer Vorschläge konnte durch die 3. Novelle zum BEG verwirklicht werden. Es sei aber nicht verschwiegen, daß auch jetzt noch in dem Gesetz eine Reihe von Mängeln vorhanden ist. Neben einigen materiellen Fragen ist es leider nicht gelungen, eine verbesserte Präambel mit der Forderung, daß der gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und des deutschen Staates war und daß dieser Rechtssatz Behörden und Gerichte bindet, als § 1 im Gesetz zu verankern. Wir bedauern das außerordentlich. Entgegen der bisher geübten Praxis und sogar der ursprünglichen Regierungsvorlage ist es künftig den Verfolgtenorganisationen auch nicht gestattet, die Geschädigten vor den Landgerichten (Entschädigungskammern) zu vertreten. Trotzdem, die AvS hat nun eine verstärkte Tätigkeit aufzunehmen. Es gilt, den Verfolgten und ihren Angehörigen mit Rat und Tat zu helfen. Es gilt zu achten auf die schnellste Erledigung der aufgerufenen Ansprüche. Aber ich möchte sagen, damit ist die Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft nicht erschöpft. Neben der Übermittlung der Erfahrungen an die Zentralstelle, an die Landtags- und Bundestagsfraktionen haben wir auch noch politische Aufgaben zu erfüllen. Diese bestehen

1. in der Abwehr der Angriffe und der Verleumdungen jener Unbelehrbaren gegen die Widerstandskämpfer oder ihrer Angehörigen (Sehr wahr!) und in dem Einsatz dafür, daß der deutschen Jugend in Schulen und Hochschulen die wahre Bedeutung des Widerstands gegen das unmenschliche System der Diktatur vermittelt wird; (Starker Beifall.)

2. in der Aufdeckung und Beseitigung eines Übelstandes in der Bundesrepublik, in der es möglich ist, daß die Hauptverantwortlichen Regreßansprüche an Gemeinden, Länder und den Bund stellen (Sehr gut!) und die Peiniger und Henker der Opfer des Hitler-Systems, die wirklich Schuldigen, durch hohe Pensionen belohnt werden. (Sehr richtig!)

Hier geht es nicht mehr um diesen oder jenen Einzelfall. Hier steht mehr auf dem Spiel, nämlich das Ansehen der Demokratie, das untergraben wird durch Gleichgültigkeit, Fahrlässigkeit und Absicht. (Sehr richtig! und Beifall.) Wir wollen endlich Aufklärung darüber, welche Versorgungsbezüge bzw. Übergangsgelöhner an alle Lautzs, Schörners und Schröders (Sehr gut!), an die Hauptschuldigen insgesamt und deren Angehörige, die wirklichen Nutznießer des Hitler-Systems und die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verurteilten usw. in der Bundesrepublik gezahlt werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um diese Mißstände zu beseitigen, dann ist es Aufgabe aller ehrlichen Demokraten, für eine bessere Gesetzgebung zu sorgen. Darum nicht länger warten, hier heißt es handeln, ehe es zu spät ist! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Zum Arbeitsbericht Finanzen erteile ich das Wort dem Genossen Alfred Nau.

Alfred Nau — Finanzen: Genossinnen und Genossen! In den hinter uns liegenden Berichtsjahren haben 50 000 Frauen und Männer als Haus- und Ortsvereinskassierer daran gearbeitet, die finanzielle Basis der Partei zu stärken. Das Resultat ihrer Bemühungen besteht darin, daß wir 1955 die höchste Beitragseinnahme seit der Währungsreform zu verzeichnen haben. (Lebhafter Beifall.) Dieser Erfolg, der die Summe von 7,2 Millionen DM beinhaltet, wird noch unterstrichen, wenn wir das Ergebnis der Einnahmen und die Mitgliederbewegung der hinter uns liegenden Jahre vergleichen. Das gilt nicht nur für die Zeit nach 1945. Das gilt auch für das beste Jahr der organisatorischen Erfolge in der Weimarer Republik. Ich meine das Jahr 1928. In dem vergleich-

baren Gebiet der heutigen Bundesrepublik betrug die Beitragseinnahme damals etwa 4,5 Millionen DM. Bei fast gleicher Mitgliederziffer liegt 1955 die Einnahme in diesem Gebiet um rund 2,7 Millionen DM höher. Diese — ich möchte sagen — positive Entwicklung verdanken wir im wesentlichen zwei Faktoren:

1. der gestiegenen Beitragsleistung. 1955 betrug die durchschnittliche Beitragsleistung 93,9 %. Das bedeutet, daß im Bundesgebiet im Durchschnitt alle Mitglieder 11,3 Monatsbeiträge in einem Jahr entrichtet haben. Es gibt weder in Deutschland noch in Europa eine politische oder ähnliche Organisation, die eine solche Leistung bei ausschließlich ehrenamtlicher Kassierung aufweisen kann (Beifall);
2. der Verbesserung der Beitragsehrlichkeit. Im vergangenen Jahr haben 9,4 % aller Mitglieder einen Beitrag über 1,20 DM gezahlt. Die Durchsetzung einer alle befriedigenden Beitragsehrlichkeit bedarf einer langen, zähen und unermüdlichen Aufklärungsarbeit bei Funktionären und Mitgliedern. Aber die bisherige Entwicklung, liebe Genossinnen und Genossen, zeigt von Jahr zu Jahr eine ständig steigende Erhöhung. Während 1950 nur 4,6 % der Mitglieder einen Beitrag über 1 DM entrichteten, hat sich 1955 die Zahl auf 9,4 % verdoppelt. Bemerkenswert ist: diese Tendenz hält an. Im 1. Quartal 1956 haben wir die 10 % bereits überschritten.

Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, zur Verdeutlichung dieser Gegenüberstellung einige Zahlen zu nennen. 1950 betrug der Erlös aus dem höheren Beitragsaufkommen rund 970 000 DM, 1955 rund 2 180 000 DM. Entsprechend dieser Tatsache erhält diese Einnahme aus dem Verkauf höherer Wertmarken eine immer größer werdende Bedeutung. 1950 war der Verkauf höherer Wertmarken mit 19 % und 1955 mit 30,3 % an der gesamten Beitragseinnahme beteiligt.

Neben den Einnahmen aus regulären Mitgliedsbeiträgen wurden zusätzlich rund 2,5 Millionen DM vereinnahmt, und zwar aus:

1. Abgaben der sozialdemokratischen Abgeordneten der Parlamente auf allen Ebenen der Organisation bzw. Verwaltung und Staat, angefangen von den SPD-Mitgliedern des Gemeinderats bis zum Bundestag, und
2. **Sammellisten und Wahlfonds** bei Gemeinde- und Landtagswahlen.

Die Feststellung dieser Summe von 2,5 Millionen DM ergibt sich zum Teil auf Grund von schriftlichen Berichten und realen Schätzungen. Das liegt daran, daß eine Reihe von Ortsvereinen sowohl gegenüber dem Bezirk als gegenüber dem PV einen geradezu charmanten Mangel an Offenheit zeigen. Nun, liebe Freunde, was uns angeht, müßte doch eigentlich unsere Zurückhaltung bei Ansprüchen aus solchen Sonderbeiträgen längst bekannt sein. Wenn der Parteivorstand von jeder Mark Einnahme nur 15 Pfennig erhält bzw. erhalten soll, scheint uns das doch ein besonderer Ausdruck unserer Bescheidenheit zu sein (Heiterkeit). Von den Beitragseinnahmen verbleibt somit dem Parteivorstand im Jahre etwas mehr als 1 Million DM, während mehr als 6 Millionen DM bei den Ortsvereinen und Bezirken bleiben. Eine genaue Übersicht der Einnahmen und Ausgaben befindet sich neben weiteren ausführlichen Angaben im Jahrbuch.

Ich möchte mich deshalb hier darauf beschränken, über die Zusammensetzung der Ausgaben beim Parteivorstand einige kurze Bemerkungen zu machen: Von den insgesamt 2,7 Millionen DM Ausgaben verwendet der Parteivorstand 48 % für Agitation und Information der Wähler und Mitglieder. Nicht enthalten sind in dieser Summe der Aufwand für Tagungen, Versammlungen und Konferenzen. Wenn wir diese Beträge einrechnen, erhöht sich der Aufwand für die allgemeine Agitation auf 58 %. Der Anteil der Gehälter einschließlich der notwendigen Sozialabgaben beträgt 28,1 % und für die Unkosten der allgemeinen Verwaltung 13,5 %.

Im Berichtsabschnitt, Genossinnen und Genossen, konnte endlich nach sorgfältiger Vorbereitung eine Sicherung der hauptamtlichen Funktionäre bei Arbeitsunfähigkeit und ihrer Familien im Todesfall vorgenommen werden. Auf Empfehlung des Parteivorstandes haben 1954 die Bezirke — Berlin kam etwas später hinzu — für die Parteisekretäre eine Höherversicherung bei der Angestelltenversicherung abgeschlossen. In Ergänzung dieser ersten Maßnahme wurde die Gründung eines Unterstützungsfonds beschlossen. Aus den Mitteln dieses Fonds sollen die Genossen, die bereits seit vielen Jahren ihre Arbeitskraft hauptamtlich der Partei zur Verfügung stellen — ohne den Verlockungen von Verwaltung, Wirtschaft und Staat zu folgen —, so gestellt werden, als ob eine Höherversicherung bereits bei Beginn ihrer hauptamtlichen Tätigkeit bestanden hätte. Die Gründung dieses Fonds wurde ermöglicht, nachdem der PV dafür eine beträchtliche Summe zur Verfügung gestellt hat. Inzwischen mußten bereits Leistungen aus diesem Unterstützungsfonds in Anspruch genommen werden. In drei Fällen werden Unterstützungen an Frauen gezahlt, deren Männer in den Sielen starben; in zwei weiteren Fällen bekommen ehemalige Sekretäre wegen Erreichung der Altersgrenze Unterstützungen. Hier haben wir durch solidarische Haftung eine menschliche Verpflichtung erfüllt.

Ein weiteres ehrenhaftes Kapitel solidarischer Haltung der Partei war das Ergebnis einer Sammlung für den Aufbau unseres neuen Parteibezirks an der Saar. Obwohl der PV sich nur an die Bezirksvorstände gewendet hatte, haben in einigen Gebieten eine Reihe von Ortsvereinen sich beteiligt. Hier waren es besonders kleine und kleinste Ortsvereine, oftmals nur mit einem Mitgliederstand von 10 und 20, die 5, 10 und 20 DM und mehr gegeben haben (Beifall).

Genossinnen und Genossen, wenn wir hier über finanzielle Entwicklungen und Probleme vor Presse und Funk in aller Öffentlichkeit berichten, so geben wir damit ein aus Gründen der politischen Sauberkeit nachahmenswertes Beispiel und setzen gleichzeitig bewährte Gepflogenheiten fort.

Zum ganz überwiegenden Teil gehören unsere Mitglieder kleinen Einkommenschichten an. Diese Frauen und Männer zahlen regelmäßig ihren Obolus an die Partei ihres Vertrauens. Sie erfüllen damit eine politische Aufgabe, ja noch mehr, sie schaffen damit darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Partei als Träger an der politischen Willensbildung im Volk mitarbeitet — ein Auftrag, den das Grundgesetz den Parteien zuweist. So vollbringen Hunderttausende von Sozialdemokraten auch durch ihre Beitragszahlung eine bemerkenswerte staatsbürgerliche Leistung für die Demokratie (Beifall).

Liebe Genossinnen und Genossen! Wie anders, wesentlich anders verläuft die Entwicklung bei den anderen Parteien. Bisher war die CDU nicht in der Lage, auf ihrem Parteitag irgendwelche verlässliche Angaben über ihre Finanzierung zu machen. Sie beschränkte sich darauf, mitzuteilen, daß beispielsweise im Rheinland die Mitglieder zu 60 % Beiträge bezahlen. Die Freie Volkspartei, die weder frei ist, noch mit dem Volk etwas zu tun hat, wie dieses neue Gebilde treffend eine ausländische Zeitung kennzeichnet, will bei 2000 Mitgliedern 600 Parteisekretäre beschäftigen. Es sei mir gestattet, hier einzuschalten, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihren fast 600 000 Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet nur 270 hauptamtliche Kräfte beschäftigt. Gestatten Sie mir auch ein Wort zu den Finanzquellen der bürgerlichen Parteien. Diese Quellen der Parteien rechts von der SPD sind dunkel und geheim. Zum schwärzesten Kapitel der jungen deutschen Demokratie gehört jene Entscheidung der Mehrheit des Bundestages vom November 1954, welche die Finanzierung der bürgerlichen Parteien durch Industrie und Wirtschaft steuerlich begünstigt. (Sehr wahr!) Die sogenannten Spenden an die politischen Parteien werden in skandalöser Weise steuerlich stärker begünstigt als z. B. der soziale Wohnungsbau oder die Anstrengungen der Flüchtlinge um den Wiederaufbau ihrer Existenz. Die Regierungsparteien haben damit einen Weg beschritten, der zur Korruption des öffentlichen und des politischen Lebens führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Seit Jahren redet man von dem Parteiengesetz. Jetzt hat der Bundesinnenminister eine Studienkommission eingesetzt, die ein Gutachten für die Vorbereitung eines solchen Gesetzes erstellen soll. Die Aufgabe der Kommission besteht u. a. darin, eine Ausarbeitung vorzunehmen über die Stellung der Parteien in Staat und Gesellschaft, ihre innere Ordnung, ihre Finanzierung und die Kontrolle ihrer Finanzgebarung. Wir haben hohen Respekt vor den 16 Professoren und hohen Respekt vor ihrem Vorhaben, und wir sind der Meinung, Genossinnen und Genossen, daß die Parteien in der Erfüllung der Funktion eines Verfassungsorgans geschützt werden müssen gegen Einflußnahme anonymer Mächte. Es ist aber doch ein offenes Geheimnis, daß die bürgerlichen Parteien seit Jahr und Tag fast ausschließlich von Interessentengruppen finanziert werden. Wir wissen, daß neben der laufenden Unterhaltung durch finanzstarke Unternehmerkreise die Subventionen ins Gigantische ansteigen, wenn wahlpolitische Auseinandersetzungen beginnen. In allen Bundesländern werden Bestrebungen der industriellen Unternehmerschaft, des Groß- und des Außenhandels bekannt, durch Umlagen auf den Kopf der Beschäftigten wieder Riesenwahlfonds anzusammeln, mit deren Hilfe der nächste Wahlkampf geführt werden soll. Die Bemühungen um den Wähler, die in einer parlamentarischen Demokratie von dem Gewicht sachlicher Argumente getragen werden sollen, werden offensichtlich ersetzt durch das Blendwerk einer Propagandalawine. Angesichts dieser Tatsache haben wir weder zu Schröder noch zur ganzen Bundesregierung das Vertrauen, daß die anonyme Finanzierung durch ein Gesetz oder andere Maßnahmen wirklich verhindert wird. Solange diese Parteien nicht auf diese direkte oder indirekte Finanzierung verzichten, solange halte ich die Pläne der Regierung und der sie tragenden Parteien auf Einführung einer Finanzkontrolle für völlig unglaubwürdig. Und nun zu den Anträgen.

Der Antrag 63 ist zurückgezogen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich sagen, daß der PV den Kampf gegen die Kräfte, die politische Macht durch Subventionen kaufen, weiterführen wird. Die Wiederherstellung der Sauberkeit in der politischen Öffentlichkeit ist eine Lebensfrage für die Demokratie. Das scheint uns eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sein, daß das Unbehagen in der Bevölkerung gegen die Parteien abgelöst wird zugunsten einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber den staatspolitischen Aufgaben der berufenen Träger der politischen Willensbildung.

Der Antrag 64 der Landesorganisation Hamburg will die Aufhebung der progressiven Beitragsstaffel. Das bisherige Beitragssystem soll ersetzt werden durch Grundbeiträge. Die Genossen von Hamburg glauben, daß eine solche Änderung die Werbekraft der Partei in allen Schichten der Bevölkerung stärken würde. In Übereinstimmung mit der antragstellenden Organisation bitten wir den Parteitag, den Antrag 64 dem Parteivorstand zur Prüfung zu überweisen. Wir haben mit den Hamburger Genossen verabredet, daß das Beitragsproblem unter Berücksichtigung der von den Hamburgern aufgeworfenen Gesichtspunkte in den zuständigen Gremien der Partei unter Hinzuziehung der Hamburger Freunde geprüft und beraten wird.

Ich bitte um die Genehmigung, daß ich jetzt den Antrag 67 des Landesverbandes Berlin behandeln darf, der ebenfalls die Einführung von Grundbeiträgen wünscht. Wir haben gestern in einer Aussprache mit der Berliner Delegation über dieses Problem vereinbart, daß wir weiterhin im Gespräch bleiben und neue Möglichkeiten erörtern wollen. Daraufhin haben unsere Berliner Freunde ihren Antrag zurückgezogen.

Die Anträge 65, Unterbezirk München, und 66, Solingen, wünschen, daß die Beiträge auf der Basis des Netto-Einkommens berechnet werden sollen. Wir haben Zweifel, ob eine solche Regelung gerechter sein wird, da bekanntlich die sozialen Abgaben bei Verheirateten kleiner sind als bei Junggesellen, und dadurch höhere Beiträge für die Verheirateten herauskommen würden. Ich möchte dazu folgendes allgemein und ergänzend sagen: Unsere Beitragstabelle ist weder ein starrer Lohnsteuer- noch Einkommensteuertarif, und unsere Hauskassierer sind keine Steuererheber. Wir möchten der Erwartung Ausdruck geben, daß unsere Mitglieder bei der Selbsteinschätzung ihres Beitrages durch unsere Hauskassierer so beraten, aber auch angehalten werden, daß auch bei Berücksichtigung von unterschiedlichen persönlichen Verhältnissen die gerechte Verpflichtung gegenüber der Partei erfüllt wird. Der Antrag München wünscht weiter die Prüfung der Frage der Erhebung einer Parteisteuer sowie Änderung der Beitragsätze durch eine Vorlage zum nächsten Parteitag.

Der Solinger Antrag beschäftigt sich im zweiten Teil mit der Tatsache, daß die Steigerungsbeträge in den mittleren Beitragsstufen zu groß sind. Wir glauben, daß auch die Wünsche der Münchener und Solinger Genossen eine gründliche Prüfung und Erörterung verdienen und bitten deshalb, auch diese beiden Anträge dem Parteivorstand zu überweisen.

Der letzte Antrag unter 5b) der Tagesordnung ist der Antrag 68 von Hessen-Nord. Hier wird ein Problem angeschnitten, das, meine ich, als ein bedeutendes für die Partei bezeichnet werden kann. Es besteht der Wunsch, daß Bezirke, deren politische Arbeit durch eine ungünstige soziale und wirtschaft-

liche Struktur erschwert wird, einen finanziellen Zuschuß durch eine Ausgleichskasse erhalten, zu der alle Bezirke gleichmäßig beisteuern. Die Beitragskommission, die auf Beschluß des Berliner Parteitagcs konstituiert wurde, hat sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt. Als Berichterstatter darf ich bemerken, daß sich dabei Anregungen ergeben haben, die vielleicht einen anderen Weg mit einem anderen finanziellen und materiellen Ausgleich ergeben könnten. Die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, sie sind noch im Fluß, und deshalb bitten wir, auch diesen Antrag dem PV zu überweisen.

Ich darf hier vielleicht noch bemerken, daß der Parteivorstand von sich aus laufend bemüht war, den Bezirken zu helfen, deren zentrale Förderung ein Gebot politischer und organisatorischer Verpflichtung ist. So haben wir aus dem Geist der sozialistischen Verbundenheit die Organisationen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Berlin gefördert.

Wenn hier über Verbesserung der Beitragsleistung und Erhöhung der Beitragseinnahmen berichtet werden konnte, so ist das im besonderen ein Verdienst der Hauskassierer. Es ist mir eine innere Verpflichtung, vor diesem Parteitag diesen Genossinnen und Genossen für ihre Leistung herzlichst zu danken. (Lebhafter Beifall.) Sie erfüllen mit ihrer Arbeit eine echte politische Funktion. Ihre Aufgabe wird in den nächsten Wochen und Monaten darin liegen, erneute starke Anstrengungen zu unternehmen, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Gemeindewahlen in 5 Ländern erfolgreich zu bestehen. Angesichts dieser Wahlen und der Auseinandersetzungen um einen neuen Bundestag ist es ein Anliegen aller Sozialdemokraten, dafür zu sorgen, daß wir uns einen starken Wahlfonds ansammeln können. Wenn wir morgen und übermorgen von unseren Mitgliedern etwas mehr für die Partei erbitten, wenn wir ihnen sagen, daß als Mindestbeitrag ein Stundenlohn im Monat die Regel sein sollte, dann ist das ein Appell an die Solidarität aller Sozialdemokraten.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß ihre Finanzierung durch die sauberen Groschen und Pfennige ihrer Mitglieder erfolgt. Im Gegensatz zu allen übrigen Parteien bewahrt sie damit ihre Unabhängigkeit und die völlige Freiheit des politischen Handelns. (Lebhafter Beifall.) Laßt uns alle gemeinsam daran arbeiten, wenn wir morgen wieder an unsere Arbeit zurückkehren, unsere Partei größer und stärker zu machen. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Fritz Heine.

Fritz Heine — Presse und Propaganda: Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst ein Wort über die Presse! Das äußere Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der Presse ist in den beiden Berichtsjahren günstiger geworden. Die Zeitungsumfänge sind gewachsen, die Gesamtauflage ist gestiegen, die höheren Herstellungskosten konnten größtenteils durch mehr Anzeigen aufgefangen werden. Darin liegt aber zugleich eine Gefahr. Der Leser kauft dieses Produkt — die Zeitung — zum halben Herstellungspreis, eine wohl einmalige Erscheinung im Wirtschaftsleben. Die andere Hälfte wird durch Anzeigen gedeckt, vor allem von Handel und Industrie, und beide Wirtschaftszweige sind ja nicht gerade gemeinnützige Wohlfahrtseinrichtungen. Teilweise

versuchen sie neben Anzeigenspalten auch politischen Einfluß zu kaufen. Manche dieser Wirtschaftswunder-Männer werfen ja schon jetzt ihre steuerhinterzogenen Millionen zugunsten der Einparteikoalition in die Waage.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Presse ist uneinheitlich. Die größeren Zeitungen prosperieren, viele kleinere Blätter dagegen führen einen tragischen Existenzkampf. Für viel zu viele ist er bereits entschieden. Mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Blätter sind schon wieder in 62 Zeitungsringen zusammengeschlossen, die zumeist Redaktionsgemeinschaften mit Maternversand bilden. Fast 30 Prozent der Gesamtauflage erscheint in diesen Zeitungsringen. Aber die Konzentrationsbewegung geht noch weiter. Von den 1500 deutschen Zeitungen haben nur noch 225 eigene politische Redaktionen. Fünf Sechstel der deutschen Presse bestehen aus Kopfblättern, Nebenausgaben und Maternzeitungen.

Die inhaltliche Gestaltung auch des Sechstels der selbständigen Zeitungen bereitet Journalisten wie Politikern gleicherweise Sorge. Wir meinen beispielsweise, daß ausreichende Parlamentsberichterstattung und umfassende politische Information zu den Voraussetzungen einer gesunden parlamentarischen Demokratie gehören. Die Zeitungen, und zwar die Zeitungen in aller Welt, erfüllen diese Funktion heute nicht mehr voll, im Gegensatz zu Rundfunk und Fernsehen, die sich hier Verdienste erworben haben. Eine Ursache dafür ist der Wandel des Lesergeschmacks, wobei man streiten kann, ob Journalisten und Verleger diesem Verlangen zu sehr Folge leisteten oder ob Staat, Parlament und Parteien nicht die politischen Ausdrucksformen finden, die dieser Wandlung gemäß wären. Tatsache ist jedenfalls, daß der Zeitungstyp, der sich am radikalsten von der Meinungspresse im alten Sinne entfernt hat — ich meine die 10-Pfennig-Straßenblätter — den größten Zulauf hatte und heute bereits fast ein Drittel der Gesamtauflage ausmacht.

Wer Sorgen um die Pressefreiheit diskutiert, denkt unwillkürlich sofort an die „zuständigen“ Regierungsinstitutionen, die uns diese Sorgen abnehmen wollen. Sie wollen das Beste — aber gerade das möchten wir bekanntlich doch lieber selbst behalten. Wenn hohe und höchste Regierungsstellen die Begriffe „Presse“ und „Druck“ miteinander in Beziehung bringen, dann wird fraglich, ob das in dem Sinne geschieht, der bei Gutenbergs Jüngern der anderen schwarzen Kunst üblich ist.

Das etwas schizophrene Bundespresseamt, dessen Auslandsabteilung sich gelegentlich vorteilhaft von der Inlandsabteilung abhebt, ist in Aufgabenstellung und Umfang nicht Umschlagstelle und Hüterin der freien Meinung — sondern eine Gefahr für die Demokratie (Beifall). In dem Haus steckt der Korrumperungswurm. Daran ändert auch nichts die Umbesetzung in der Spitze. Ist es vielleicht symbolisch, daß der neualte Bundespressechef von Eckardt der Autor des Films „Weiße Sklaven“ ist? Was wir in diesen zwei Jahren an Pressionen und Einflußnahmen, an Mißbrauch öffentlicher Mittel für die Lenkung der öffentlichen Meinung an Sprachregelungen und Infiltration in die letzten Bereiche unabhängiger Publizistik erlebt haben, das ist kein Ruhmesblatt für die Nation und eine Schande für die Verantwortlichen (Beifall). Die Öffentlichkeit kennt einige eklatante Fälle, in denen prominente unabhängige Publizisten zur Strecke gebracht worden sind. Die Öffentlichkeit kennt aber nicht die unendlich vielen Aktionen gegen nicht so bekannte aber ebenfalls politisch unbeliebte Journalisten und vor allem gegen Sozialdemokraten im

Pressewesen. Die Unduldsamkeit und der Haß gegen die SPD haben manchmal zu einem wahren Kesseltreiben geführt. Die Gleichschaltungsbemühungen sind bei einem gewissen Teil der Verleger nicht ohne Erfolg geblieben. Zwischen dem etwa, was viele der doch sehr qualifizierten Bonner Korrespondenten denken und schreiben, und dem, was dann in ihren Heimatverlagen erschienen ist, gab es nicht selten verzweifelt wenig Ähnlichkeit. Wir stellen aber erfreut fest, daß ein namhafter Teil der Verleger und Chefredakteure sich verweigert hat und daß auch bei den anderen in den letzten Wochen eine erfreuliche Wandlung eingetreten ist (Beifall).

Der so offenkundig gewordene Zerfall der Adenauer-Koalition hat die Beeinflussungsmöglichkeiten der Regierung erheblich vermindert. Verschiedene Verleger scheinen einzusehen, daß sie besser daran getan hätten, mehr und rechtzeitig auf ihre Bonner Korrespondenten zu hören.

Über die sozialdemokratische Pressearbeit und die uns nahestehenden Verlage haben wir im Jahrbuch ausführlich berichtet. Die uns nahestehenden Druckereien und Verlage sind ein bedeutender Faktor im graphischen Gewerbe. Sie haben einen Jahresumsatz von fast 140 Millionen DM, etwa 15 000 Beschäftigte und eine tägliche Gesamtauflage von rund 1,5 Millionen Zeitungsexemplaren (von all den anderen Publikationen abgesehen). Sie verfügen über insgesamt etwa 75 Rotationsmaschinen und rund 500 Setzmaschinen, Schnellpressen und Tiegel.

Trotz der speziellen Schwierigkeiten für unsere Unternehmungen ist die Aufwärtsentwicklung mindestens der größeren Betriebe eindrucksvoll. Der Maschinenpark wurde modernisiert, Druckerei- und Verlagsgebäude neu errichtet und modernste technische Einrichtungen in Betrieb genommen. Auf einigen dieser Gebiete sind wir allen Konkurrenzunternehmungen voraus. Der von uns durchgeführte Betriebsvergleich, eine umfassende, betriebswissenschaftliche und eminent praktische Gemeinschaftsarbeit, hat wohl in der ganzen Industrie nicht seinesgleichen.

Für die inhaltliche Gestaltung der uns nahestehenden Blätter gelten die gleichen Probleme, die ich eingangs bezüglich der Presse im allgemeinen erwähnte. Auch sie sind nicht in der Lage, ausreichende politische Informationen zu bringen. Sie stehen täglich vor der Aufgabe, das richtige Verhältnis zwischen politischen Notwendigkeiten und den anderslautenden Wünschen der nichtpolitischen Lesermehrheit zu finden. Wir wünschten uns wahrhaftig noch mehr Politik auch in den uns nahen Blättern, aber das setzt leider mehr an der Politik interessierte Leser voraus.

Die Betreuung dieser Verlage ist selbstverständlich nur ein Teil unserer pressepolitischen Aufgaben. Ständige Kontakte mit anderen Redaktionen, Verlagen, Agenturen und Publizisten, Ausbau unserer verschiedenen Pressedienste, Einrichtung einer Pressestelle bei der Bundestagsfraktion, Schaffung neuer Publikationen und anderes wurden in den Berichtsjahren durchgeführt.

Zu Pressefragen liegt der Antrag 73 vor. Mit allem Respekt vor den Antragstellern, muß ich doch feststellen, daß die im Antrag aufgestellte Behauptung völlig unfundiert ist. Wir bitten daher um Ablehnung.

Zu Propagandafragen zunächst ein Wort über die diesbezüglichen Aktivitäten der Bundesregierung. Wir bestreiten der Regierung selbstverständlich nicht

das Recht, Informationen über die geleistete Arbeit zu geben. Sie hat jedoch, statt sich auf Informationen zu beschränken, Regierungs- und Parteipropaganda mit Steuergeldern betrieben (Beifall) und damit nicht nur öffentliche Mittel inkorrekt verwendet, sondern auch typische Parteienfunktionen an sich gezogen. Das ist, prinzipiell gesehen, ein Schritt zu einem autoritären Regime, in dem Parteien nur mehr dekorativer Wurmfortsatz sind. (Beifall.) Sie betreibt diese ihre Propaganda zum Teil mit Tarnnamen und Tarnorganisationen. Wir haben bereits auf dem Berliner Parteitag darauf hingewiesen.

Inzwischen hat die Bundesregierung das zum System erhoben. In Vorbereitung des Wahlkampfes und wohl auch, weil eine offene Propaganda für diese Bundesregierung keine Abnehmer mehr findet. Die Regierung hat direkt oder indirekt das Gebiet der Bundesrepublik mit einem dichten Netz von Tarnorganisationen überzogen. Ich habe hier eine Liste von mehr als einem Dutzend solcher Regierungs-Tarnorganisationen, zu denen noch eine Reihe von Verlagen, Korrespondenzbüros usw. kommen, die alle so oder so von der Bundesregierung ausgehalten werden und deren Aufgabe es ist, die politischen und parteipolitischen Ziele der Regierung unter falscher Flagge zu verbreiten. Die Verlagerung der Regierungspropaganda auf solche Tarnorganisationen gibt dann anderen Behörden, zum Beispiel der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, den Vorwand, Hilfestellung zu leisten.

Sieht man denn in der Regierung nicht, welche Gefahren dadurch heraufbeschworen werden? Daß man sich so selbst den restlichen moralischen Kredit in der Bekämpfung kommunistischer und neofaschistischer Tarnorganisationen verscherzt?

Ein besonderes Kapitel ist die offene und getarnte Aufrüstungspropaganda, die Blanksche Gesundheitsbeterei und Zahnsanierung, in die Millionen DM hineingesteckt werden.

Die Regierungspropaganda steht im Zeichen des Bundestagswahlkampfes, der mit kompaktem Einsatz der aufgesammelten Millionen-Fonds und ohne Skrupel geführt wird. Bedenken in CDU-Kreisen, ob gewisse Aktionen gegen politische Sauberkeit verstoßen, wurden vom maßgebenden Meinungsmacher mit den Worten abgetan: „Was Sauberkeit ist, bestimmt der Sieger.“ Nun, wir können wohl selbst auf Grund ihrer eigenen Meinungsforschung unterstellen, daß sie weder die Sieger noch die Bestimmenden sein werden (Beifall). Der CDU-Wahlplan, soweit er bis jetzt in unserem Besitz ist, sieht vor, neben dem Rückblick auf die sieben satten CDU-Jahre an die Furcht zu appellieren und den Wählern Angst vor der SPD einzujagen. Man will dem Wähler weismachen, die auf Raten gekaufte Fernsehtruhe sei bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg in Gefahr. Und Herr Lenz will den Widerwillen gegen die Aufrüstung mit dem Argument bekämpfen, daß die heutige Jugend respektlos sei und durch den Wehrdienst zur Ordnung erzogen werden müsse. Sie alle, liebe Genossinnen und Genossen, haben ja in den letzten Wochen das Geschrei um die sogenannten „Halbstarken“ vernommen, das von gewissen Magazinen gestartet worden ist. Das ist bereits von der Bodensee-Giftküche der CDU angezettelt worden als Seelenmassage für den Wahlkampf. Man diffamiert die junge Generation, um die Wahlposition zu retten (Beifall). Sie planen den Masseneinsatz von Filmen, die verstärkte Infiltration der Wochenschauen, eine kostspielige Anzeigenkampagne und eine große Plakataktion.

Bei sämtlichen Plakatanschlagfirmen der Bundesrepublik liegen schon jetzt zwei Aufträge für die Plakatierung zur Bundestagswahl vor, darunter ein 4-Bogen-Riesenplakat für die letzten vier Wochen. Im Auftrag heißt es wörtlich: „Der letzte Anschlagtag muß der Wahlsonntag sein.“

Wir versprechen ihnen, alles zu tun, damit der Wahlsonntag zugleich auch ihren letzten Anschlag auf den deutschen Wähler beendet (Beifall).

Was nun unsere Werbe- und Propagandatätigkeit in den beiden Berichtsjahren betrifft, so möchte ich auch hier auf das Jahrbuch verweisen. Wir haben uns bemüht, aus den Erfahrungen zu lernen, die Arbeit der Parteizentrale weiter zu verbessern und die der Gesamtorganisation noch mehr zu unterstützen. Wir sind dabei auf unendlich viel guten Willen gestoßen. Die Leistungen der vielgeplagten Sekretäre und der Zehntausende ehrenamtlicher Vertrauensmänner könnten noch gesteigert werden, wenn in allen Vorständen der Partei die Aufgeschlossenheit für die moderne Werbe- und Organisationsarbeit vorhanden wäre.

Unserer zentralen Arbeit steht jetzt ein Werbe- und Propaganda-Ausschuß zur Seite, dem Werbeberater, Grafiker, Meinungsforscher, Journalisten, Politiker und Organisationsleiter angehören. Ein weiterer Werbeberater ist in unseren engeren Mitarbeiterstab aufgenommen, und zahlreiche Lehrgänge wurden durchgeführt.

Die Materialanforderungen sind gestiegen, wir haben eigene Schallplatten hergestellt, die neue Wählerzeitung „Debatte“ entwickelt und eine Mitgliederwerbung als Dauerkampagne begonnen, über deren erste Erfolge Max Kukil berichtet hat. Besondere Aufmerksamkeit galt den auf Auge und Ohr wirkenden technischen Mitteln. Wir haben Filme, Wochenschauen, Hörfolgen und Tonbildserien hergestellt. In diesen letzteren Bereichen stehen wir heute an der Spitze aller sozialistischen Parteien, und wir bemühen uns, in diesem freundschaftlichen Wettbewerb an der Spitze zu bleiben.

Zur Werbung und Propaganda liegen vier Anträge vor. Antrag 69: Wir haben gemeinsam mit den Antragstellern die ersten Maßnahmen bereits ergriffen und empfehlen Annahme des Antrages.

Ebenfalls anzunehmen empfehlen wir Antrag Nr. 70, der verstärkte Filmbeschaffung fordert. Wir tun das zwar bereits seit über vier Jahren, aber vielleicht bringt die Annahme des Antrages die Antragsteller dazu, von den vorhandenen Einrichtungen erstmalig Gebrauch zu machen (Heiterkeit). Antrag 71 bitten wir dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag 72 empfehlen wir zur Annahme; der darin ausgedrückte Wunsch befindet sich bereits in Bearbeitung.

Ein abschließendes Wort über die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, die Bevölkerung der Zone über die sozialdemokratische Politik zu unterrichten. Das ist unseren Genossen in der Zone mit unserer Hilfe in verstärktem Maße gelungen, obwohl die SED ihre Maßnahmen gegen sozialdemokratische Publikationen verschärft hat. Für die Zone allgemein erscheint die Zeitung „Sozialdemokrat“, für die Industriearbeiter der SBZ unsere „Tribüne“ und für die Jugend monatlich die „Freie Junge Welt“. In der ideologischen Auseinandersetzung mit den Lehren des totalitären Kommunis-

mus spielt unsere, für die Zone bestimmte, theoretische Zeitschrift die „Einheit“ eine große Rolle. Das Echo aus der Zone zeigt zweierlei:

1. Es gibt in der Sowjetzone keine größere Stadt, keinen Landkreis mehr, wo nicht unser Material kursiert.
2. Die Bevölkerung der Zone, die von keiner anderen Partei der Bundesrepublik in diesem Ausmaß orientiert wird, erkennt immer mehr an, daß die Sozialdemokraten es sind, die es mit ihrer gesamtdeutschen Verpflichtung ernst meinen.

Unsere Untergrund-Propaganda beschäftigt sich nicht nur mit der Politik der SED, sondern sie stellt vor allem dar, was wir hier, in der Bundesrepublik, für die Wiedervereinigung tun. Wenn die Inaktivität der Bundesregierung in dieser Frage nicht zu einer Lähmung des Widerstandswillens in der Zone geführt hat, dann ist das wohl auch ein Verdienst unserer Politik und ihrer Bekanntgabe durch unsere Aufklärungsarbeit (Beifall).

Heute gibt es innerhalb der SED eine Reihe von Oppositionsgruppen, deren ideologische Grundlagen vom demokratischen Sozialismus beeinflusst sind. Einige dieser Gruppen haben Verbindung mit uns aufgenommen. Sie geben, ebenso wie zahlreiche rein sozialdemokratische Widerstandsgruppen, eigene in der SBZ illegal hergestellte Flugblätter heraus, die unsere Aufklärungsarbeit auf eine noch breitere Basis stellt.

Die Reaktion der SED-Führung auf all dies ist ein indirektes Eingeständnis dafür, daß sie mit unserer Propaganda nicht fertig wird. In der Vergangenheit hat die SED den „Sozialdemokratismus“ durch Terror und Gegenpropaganda zu bekämpfen versucht. Jetzt möchte sie die Einstellung unserer gesamtdeutschen Arbeit und Auflösung des Ostbüros der Partei erreichen. Nun, das wird ihr nicht gelingen. Wir werden diese unsere Aufgabe fortsetzen und zu steigern suchen. Das ist Sinn und Zweck der Arbeit, die wir in der Sowjetzone leisten, bis zu dem Tag, an dem wir unsere sozialdemokratischen Auffassungen frei und öffentlich in die Zone tragen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Es spricht über die Kulturpolitik der Genosse Willi Eichler.

Willi Eichler — Kulturpolitik: Liebe Genossinnen und Genossen! Die industrielle Revolution des Atomzeitalters und der Automatisierung hat die politische Bildung, wie auch die gestrigen Diskussionen gezeigt haben, in der Tat zu einer Schicksalsfrage der Demokratie gemacht. Viele haben heute begriffen, daß die Demokratie sich nicht auf allgemeines Wahlrecht und Parlamentarismus, Koalitions- und Zensurfreiheit beschränken kann. All diese Einrichtungen, so notwendig sie sind, verfehlen ihren Zweck, wenn nicht der Freiheitswille der einzelnen Menschen und ihre schöpferische Mitgestaltung Tragpfeiler von Staat und Kultur sind.

Davon ging unsere kulturpolitische Arbeit aus: Aufbau, vor allem aber Inhalt der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in der Bundesrepublik waren ihr gewidmet. Die vielen Landtagswahlkämpfe, die größtenteils um kulturpolitische Streitfragen gingen, haben wir in Zusammenarbeit mit den Genossen

aus den Ländern sorgfältig vorbereitet. Es ging vor allem um die Gemeinschaftsschule, die Lehrerbildung, die politische Bildung, die Abwehr klerikaler Übergriffe, Lehr- und Lernmittelfreiheit und das neunte Schuljahr, das endlich eine allgemeine Forderung aller deutschen Landtage werden sollte (Beifall).

Eine nach wie vor wichtige Aufgabe bleibt die Gemeinschaftsschule. Die Aufspaltung der Erziehung nach Konfessionen ist ein Verhängnis, denn sie erschwert die Erziehung zur Toleranz. Wenn wir Toleranz, mit Kant, nicht einfach als einen Akt hochmütiger Duldung auffassen, sondern als bewußte Achtung des weltanschaulich Andersdenkenden, dann muß ein solches Zusammenleben in der Gemeinschaft schon in der Schule als Vorbild gezeigt werden (Beifall). Unsere Bemühungen um die Gemeinschaftsschule sollten stärker werden; es lohnt sich. Genossen, überall dort, wo Eltern sich mit Entschiedenheit für diese Schule einsetzen, überzeugen sie oft auch andere Eltern von deren Notwendigkeit. Es geht hier um eine politische Frage. Die Konfessionsschule wird von der Kirche nicht als religiöses Dogma behandelt — sie ist ein politisches Kampfobjekt. Wie um solche Objekte gerungen wird, das beschreibt der Jesuitenpater J. Cavalli einmal im offiziellen Organ seines Ordens. Dort heißt es:

„Die katholische Kirche nimmt für sich allein das Recht der Freiheit in Anspruch, da dieses allein der Wahrheit, niemals aber dem Irrtum zugestanden werden darf. Zwar geht sie auch gegen die anderen Religionen nicht mit dem Türkensäbel vor, aber sie wird verlangen, daß deren Ausbreitung mit gesetzlichen, menschlichen Mitteln verhindert wird.

In einem Lande mit katholischer Mehrheit verlangt die Kirche, daß dem Irrtum keine rechtliche Daseinsberechtigung gewährt wird. In einigen Ländern werden die Katholiken selbst die Glaubensfreiheit für alle in Anspruch nehmen. Über diesen inneren Widerspruch darf die Kirche weder in der Theorie noch in der Praxis Erörterungen beginnen.“

Soweit Cavalli. Die Gemeinschaftsschule verletzt also keine religiösen Überzeugungen, sondern politische Machtansprüche.

Wir haben im Kulturpolitischen Ausschuß Leitsätze für die Lehrerbildung erarbeitet; sie sind im Jahrbuch abgedruckt. Dem Volksschullehrer muß eine Ausbildung an der Universität oder an einer Pädagogischen Hochschule von mindestens sechs Semestern gesichert sein. Auch die Volksschüler brauchen wissenschaftlich gebildete Lehrer, schon wegen der höheren Anforderungen, die das wirtschaftliche und technische Leben heute an den jungen Menschen stellt. Für alle Schulprogramme haben jedes Mal Lehr- und Lernmittelfreiheit und das neunte Schuljahr, die Berufsausbildung, sowie die politische Bildung eine Rolle gespielt. Bereits in der Volksschule ist eine Einführung in das politische und wirtschaftliche Leben unseres Volkes möglich und nötig, insbesondere auch eine Einführung und Aufklärung über seine jüngstvergangene Geschichte. Der Lehrer muß natürlich entsprechend vorgebildet sein. Wir brauchen deshalb überall Lehrstühle für die Wissenschaft von der Politik, politische Seminare und Möglichkeiten der politischen Diskussion.

Unser Hochschulreformprogramm geht auf die Vorarbeiten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes zurück. Es wurde auf der öffentlichen Tagung der sozialistischen Hochschulgemeinschaft in Marburg unter Anwesenheit zahl-

reicher Studenten, Professoren, Ministerialbeamten und Politiker vorgetragen und gebilligt. Es fand zum Teil einen Niederschlag auf der Hochschulkonferenz von Honnef und spielte auch eine bedeutende Rolle auf dem Vierten Deutschen Studententag in Hamburg, der Tagung des Verbandes Deutscher Studentenschaften, der Gesamtvertretung der deutschen Studenten, deren Botschaft wir gestern hier mit so großer Freude zur Kenntnis genommen haben. Einige bürgerliche Blätter bezeichneten diesen Studententag als „Studententag in Rot“. Wir freuen uns, daß die von uns entwickelten Gedanken in weiten Kreisen der Studenten und Dozenten Zustimmung finden und daß viele überzeugt sind, unsere Partei sei die einzige, die eine freiheitliche und moderne Schul- und Hochschulreform durchsetzen kann und will.

Zustimmung für unsere Arbeit finden wir zunehmend auch bei Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern, Juristen, Ärzten, Architekten und Technikern. Zum Paulskirchenmanifest haben sich viele Angehörige freier Berufe öffentlich bekannt — ein hoffnungsvolles Zeichen für die Demokratie. Alle Bemühungen als Ausdruck dieser Erkenntnis unterstützen wir selbstverständlich tatkräftig. Sie zeigten sich weiter zum Beispiel in der Aktion des sogenannten Grünwalder Kreises gegen die neofaschistische Literatur. Es gibt vielfältige Bestrebungen dieser Art. Besonders bemerkenswert ist der Erfolg der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München und der Vereinigung für politische Bildung „Neue Gesellschaft“ in Hamburg. Sie haben Vorträge über brennende Zeitfragen veranstaltet, die weit über unseren Parteikreis hinaus Menschen angezogen und Diskussionen ausgelöst haben. Die Vorträge sind in Buchform veröffentlicht. Ich möchte deshalb hier auch die Gruppe sozialistischer Verleger und Buchhändler erwähnen, die zunehmend moderne wissenschaftliche und politische Literatur herausgebracht hat. Sie gehört in alle öffentlichen, gewerkschaftlichen und Betriebsbibliotheken. Dabei können viele Genossen hilfreich die Hand bieten.

Die parteigenössische Bildungsarbeit hat Fortschritte gemacht. Sie ist vertieft und ausgedehnt worden. Das zeigte sich in den Berichten unserer Kulturobleute, die sich vor einigen Monaten auf einer zentralen Veranstaltung trafen. Wir haben diese Entwicklung vorbereitet durch frühere zentrale Zusammenkünfte, in denen wir gemeinsame Aufgaben der Bildungsarbeit erörtert haben. Ein Mangel ist, daß diese Arbeit oft von der Initiative einzelner abhängt. Es gibt noch nicht in jedem Bezirk einen aktiven kulturpolitischen Ausschuß, dem etwa Vertreter der Falken, der Jungsozialisten, der Studenten, der Frauen, Lehrer, Juristen, Ärzte sowie Genossen, die in anderen kulturellen Organisationen tätig sind, angehören sollten. Unsere Bildungsarbeit kann nicht vielfältig genug angelegt sein.

Unsere Wanderlehrer sind nach wie vor sehr begehrt. Die Berichte über ihre Kurse zeigen, wie erfolgreich auch kleinere Gruppen mit der Bildungsarbeit unserer Partei verbunden sind. Unsere Lehrplankommission hat ein Programm entworfen, das wir seit einiger Zeit in der Bildungsarbeit durchführen — die Tätigkeit der Wanderlehrer fügt sich dem ein. Einer von ihnen, der Genosse Junker, ist an die Heimvolkshochschule Bergneustadt gegangen.

Der Koordinierung der Bildungsarbeit dient eine Arbeitsgemeinschaft einer Reihe von Bildungswerken unserer Bezirke. Sie verstärkt den ständigen Kontakt und wir hoffen, auf diese Weise zu Aufbaukursen zu kommen, in denen

die jeweils vordringlichen Aufgaben behandelt werden. Ein ökonomischer Vorteil ist dabei, daß wir weniger zentrale Kurse zu veranstalten haben.

Hauptgegenstand der Bildungsarbeit war das Aktionsprogramm, wobei wir die in Berlin geschlossene Präambel nicht vergessen sollten. Das Aktionsprogramm ist längst nicht allgemein und gründlich genug bekannt. Das bedeutet Schwierigkeiten in der geschlossenen Vertretung unserer Ansichten.

Ein weiterer unerläßlicher Bestandteil unserer Bildungsarbeit ist die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Seine bloße Ablehnung begründet noch keinen eigenen Standpunkt. Man darf den Kommunismus nicht nur nach seinen politischen Aktionen beurteilen, sondern muß verstehen und erörtern, was an Erkenntnissen und psychologischen Beweggründen dahintersteckt. Diese Auseinandersetzungen müssen gerade die Sozialisten ernst nehmen, denn es gibt außer ihnen viele, die den Kommunismus ebenfalls ablehnen, die aber unversehens oder auch absichtlich dahin gelangen, zusammen mit dem Leninismus, Stalinismus auch Marxismus und Sozialismus in einen Topf zu werfen. Die Gegner unserer Gegner sind also keineswegs immer unsere Bundesgenossen.

Wir hatten die Ehre, ein kulturpolitisches Seminar der Sozialistischen Internationale vorzubereiten und zu leiten. Ermutigend war, daß etwa 40 junge Sozialisten aus elf europäischen Ländern in sozialistischer Grundhaltung und kulturpolitischer Tätigkeit einig waren, obwohl die gesellschaftlichen Bedingungen der einzelnen Länder zum Teil sehr verschieden sind.

Für unsere kulturpolitische Tätigkeit ist die Mitarbeit in der allgemeinen Erwachsenenbildung wichtig, insbesondere in der Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, aber auch in anderen Institutionen, sowohl öffentlichen als auch privaten und konfessionellen. Die sogenannten Begegnungen erfreuen sich dabei eines immer größeren Zuspruchs und können eine zunehmende Demokratisierung bedeuten. Man kommt von den Monologen ab, um, verständlich und pädagogisch richtig, die gegeneinanderstehenden Standpunkte von deren Vertretern in Streitgesprächen vorgetragen zu hören. Solche Begegnungen sind eine Übung, eine Bewährung und können für den Sozialismus werbend wirken. In einer der letzten Aussprachen, die wir durchführten, in einer Aussprache zwischen protestantischen Pfarrern und sozialdemokratischen Politikern wurde im Anschluß an diese Begegnung im Kommuniqué erwähnt, und zwar einstimmig von allen gebilligt, daß das Christentum kein Vorwand sein dürfe zur Verschiebung politischer Probleme. Ich glaube, auf diese Weise kann am besten den Menschen nahegebracht werden, worum es eigentlich in unserer heutigen politischen Situation geht.

Die Zusammenarbeit mit den uns befreundeten Jugendorganisationen hat im Kulturpolitischen Ausschuß und im Jugendpolitischen Ausschuß zur Erörterung von Fragen geführt, die im Jugendplan der SPD angesprochen sind. Ich verweise hier auf die gedruckten Berichte. Darüber hinaus haben wir eine Einrichtung geschaffen, die sich bei den konkreten Anlässen sehr bewährt hat, vor denen wir und die Jugend selbst standen. Wir haben Vertreter aller mit uns befreundeten Jugendorganisationen eingeladen und mit ihnen gemeinsam Aufrüstung, Wehrgesetzgebung, Grundgesetzänderungen, Kriegsdienstverweigerungsgesetz, Kontakte mit der Bevölkerung des Ostens und andere mehr besprochen. Daß die deutsche Aufrüstung ganz besonders die

Jugend erregt, liegt auf der Hand. Vielleicht ist dadurch die eigentliche Erziehungsarbeit etwas zu kurz gekommen, aber ich glaube, es hat wenig Sinn, der Jugend aus dieser Beschäftigung, die manchem zu betont erscheint, einen Vorwurf zu machen. Es ist für uns und die Demokratie sicher bedeutsamer, eine sich ihre Urteile frei bildende Jugend zu haben, als eine bequeme und gleichgeschaltete. Übertriebene politische Urteile lassen sich bei ausgebildeter Verständigungsbereitschaft korrigieren — Urteils- und Standpunktlosigkeit in der Politik sind schlechthin verhängnisvoll (Beifall). Die Jugend wird gerade diese Freiheit ihrer Urteilsbildung als eines der Wesenselemente sozialistischer Erziehung und Politik schätzen lernen und sich damit dem Sozialismus besonders tief verpflichtet fühlen. Das hat sich übrigens in der politischen Arbeit, bei Wahlen und auch sonst durchaus gezeigt.

Unsere Stellungnahme zum Sport, insbesondere die Aufnahme bestimmter Verpflichtungen dem Sport gegenüber im Aktionsprogramm, hat uns in Sportkreisen Beifall gebracht. In der Zusammenarbeit von Ländern, Gemeinden und den im Sport Tätigen muß viel mehr geschehen — noch immer ist die Leibeseziehung weit hinter der Notwendigkeit zurück. Wir haben von der Freizeitgestaltung anderer Länder viel zu lernen: das wird angesichts der zu erwartenden dauernden Verkürzung der Arbeitszeit besonders dringlich. Bestrebungen, eine unabhängige Körperschaft für Freizeitgestaltung zu schaffen, sollten wir unterstützen. Im Antrag Nr. 78 wird auf einen Beschluß der Sozialistischen Internationale Bezug genommen, der eine Zusammenfassung der im Sport und in der Kulturarbeit tätigen Genossen vorsieht. Wir bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

In unserer Rundfunkarbeit haben uns die Versuche der Bundesregierung und der Länderregierungen beschäftigt, Einfluß auf den Rundfunk durch bevorrechtigte Sendezeiten zu gewinnen. Das haben wir im großen und ganzen verhindern können. Wir bitten unsere Genossen, sich diesen Bestrebungen einhellig zu widersetzen. Bei der Trennung des Nordwestdeutschen Rundfunks waren es die Kirchen, die ein Sonderrecht beanspruchten. Das haben sie nicht erhalten, ohne daß sie dabei benachteiligt wurden. Der Rundfunk scheint mir im übrigen eine der wenigen Einrichtungen zu sein, bei denen es halbwegs objektiv zugeht beim freien Meinungs austausch. Er hat den Mut gezeigt, manche heiße Eisen anzufassen: die schändliche Behandlung der Wiedergutmachung, das Anwachsen des Neofaschismus, Eingriffe in die Pressefreiheit und die Erinnerung an die zu leicht vergessenen Schandflecke der jüngsten deutschen Geschichte. Ein Skandal ist und bleibt, daß der seit Jahren geplante Langwellensender mit der Aufgabe, in die SBZ hineinzu strahlen, deswegen nicht errichtet werden konnte, weil sich starke Kräfte, in erster Linie die Bundesregierung, der Einrichtung einer Redaktion in Berlin widersetzen. Der Widerstand der Bundesregierung gegen Berlin als Sitz des Langwellensenders ist kennzeichnend für ihr dauerndes Bestreben, sich einen unmittelbaren Einfluß auf den Rundfunk zu sichern, dem wir auch in diesem Falle schärfstens entgegentreten müssen (Beifall).

Der Parteitag sollte deshalb eine Entscheidung treffen und ausdrücklich den Beschluß der Bundestagsfraktion unterstützen, die vorhat, zur Einrichtung der Langwelle in Berlin im Bundestag aktiv zu werden.

Die Vertiefung und die zusammenhängende Darstellung unserer sozialistischen Überzeugungen ist nach wie vor eine dringende Aufgabe. Wir brauchen ein

Parteiprogramm, das über das Aktionsprogramm hinaus ein Wegweiser ist, — gleichsam ein Leitbild für die sozialistische Umgestaltung unserer Gesellschaft (Beifall). Diese Aufgabe sehen wir seit langem, sie ist eine der schwierigsten, vor der wir stehen. Keine Partei der Sozialistischen Internationale hat sie bisher gelöst, was kein Trost ist, aber die Kompliziertheit des Vorhabens bestätigt. Auf dem Berliner Parteitag habe ich über einige Vorarbeiten berichtet. Die dort genannte Gruppe sozialistischer Forscher hat auf einer mehrtägigen Arbeitskonferenz die sogenannten Mehlemer Thesen erarbeitet. Wir haben sie zum Teil in der „Neuen Gesellschaft“ und vollständig im vorliegenden Jahrbuch der Partei abgedruckt. Sie sind für die Programmarbeit eine wichtige Hilfe.

Wir haben die Anregung aufgenommen, eine Gruppe junger sozialistischer Wissenschaftler zu bilden, die vor allem die Analyse moderner Zeiterscheinungen in Angriff nimmt, soweit sie für die sozialistische Arbeit wesentlich sind. Sie hat die Situation des Arbeiters in der Industriegesellschaft erörtert, aufbauend auf Ergebnissen bestimmter in größerem Rahmen durchgeführter Untersuchungen und persönlichen Umfragen soziologischer Institute. Ihre nächste Tagung wird sich den Fragen der Mitbestimmung widmen. Diese Gruppe ist eine kontinuierliche Erweiterung der Gruppe wissenschaftlicher Forscher, sie ist auch als Koordinierungsstelle der Arbeiten dieser jüngeren Wissenschaftler wichtig.

Eine weitere Hilfe für die Diskussion am Grundsatzprogramm sind viele Beiträge in der „Neuen Gesellschaft“. Ich möchte hier einige Bemerkungen über diese Zeitschrift einschieben. Ihr Leserkreis ist größer als die optimistischsten Erwartungen voraussagten, sehr viel größer als der der vergleichbaren Veröffentlichungen der Weimarer Zeit. Sie wird gelesen von Politikern, Beamten, leitenden Funktionären in Partei, Gewerkschaften und Berufsverbänden, Professoren, Studenten, Lehrern, auch von denen in der Erwachsenenbildung und von Gewerkschaftsschulen, sowie relativ vielen Pfarrern beider Konfessionen. Die in der Zeitschrift begonnene Diskussion über die Aufgaben der SPD vor den Bundestagswahlen soll fortgesetzt werden. Auch der Erörterung des Grundsatzprogramms wird sie weiten Raum geben. Bedeutende Arbeit für das Grundsatzprogramm selbst stellt auch die Arbeit im neugebildeten Atomausschuß beim Parteivorstand dar. Die beiden Reden von Carlo Schmid und Leo Brandt haben wir selbst gehört. Der Parteivorstand hat die auf dem Berliner Parteitag angekündigte Programmkommission im Frühjahr 1955 berufen. Der größte Teil der an den Vorarbeiten Beteiligten ist Mitglied dieser Kommission. Sie hat als Ergebnis ihrer ersten Sitzung mehrere Unterausschüsse gebildet, darunter einen Grundsatzausschuß, der sich mit den Grundlagen und dem Aufbau des Programms befaßt hat. Wir haben in diesem Grundsatzausschuß in gründlichen Referaten und Diskussionen die Klassensituation der Gesellschaft erörtert und die Frage geprüft, wieweit Klassenkämpfe nach wie vor die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen oder bestimmen. Einen größeren Raum nahmen ferner Untersuchungen über Demokratie und Totalitarismus ein, über die Gefährdung der Demokratie durch monopolistische und anonym wirkende Kräfte in der Wirtschaft und in der Manipulierung der Meinungsbildung im Erziehungswesen, in der Presse und in der sogenannten Kulturindustrie. Eine Partei, die sich nicht durch Formen faszinieren lassen will, darüber waren wir uns einig, kann an den Klassen,

dem Klassenkampf, den Monopolbildungen, insbesondere dem Monopol am Produktionsmitteleigentum, aber auch nicht an der Bürokratisierung und den neuen Abhängigkeiten vorübergehen, die sich aus der zunehmenden Organisation des gesellschaftlichen Lebens ergeben.

Sie hat diese grundlegenden Punkte programmatisch zu behandeln. Das gleiche gilt für die Beseitigung des Bildungsmonopols auf allen Gebieten. Das gesamte Schul- und Bildungswesen muß hier umgestaltet werden; erst dann öffnet sich der Weg, Freiheit und Gerechtigkeit in einer Demokratie zu verwirklichen, die im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben jedem Menschen die Möglichkeit gibt, von seinen eigenen Kräften den ihm eigenen Gebrauch zu machen. Für den Totalitarismus jeder Farbe ist dies eine unmögliche Vorstellung, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Als Grundwerte haben wir Freiheit, Gerechtigkeit, Friede und Solidarität vorangestellt, wobei wir den Versuch aufgaben, eine weitere philosophische oder religiöse Begründung dieser Werte zu geben. Über die grundlegende Bedeutung dieser Werte waren wir uns einig. Wir sind nicht der Auffassung, sie seien überholt. Wir wissen aber auch alle, daß sie durch Ideologien, die aus diesen Werten notdürftige Verschleierungen bloßer Machtansprüche gemacht haben, diskreditiert worden sind. Wir müssen sie in ihrer ursprünglichen Bedeutung sehen und die Konsequenzen, die sie in praktischer Anwendung auf die Gestaltung der Gesellschaft erfordern, klar herausstellen. So ergibt sich ein konkret gezeichnetes Bild einer sozialistischen, diesen Werten entsprechenden Gesellschaft.

Dies ist die Hauptaufgabe, die die Kommission erkannt und in Angriff genommen hat. Dabei ist sie aber selbstverständlich nicht an der Programmatik der sozialistischen Bewegung der letzten hundert Jahre vorbeigegangen: sie hat sie studiert und in ihre Arbeit einbezogen. Nachdem der Grundsatzausschuß dem Plenum der Kommission über seine Arbeiten berichtet hat, die im Plenum diskutiert worden sind, wird die Gliederung des Programms hier etwa so aussehen: Zeitanalyse, Grundwerte unserer Überzeugungen, daraus sich ergebende Grundanforderungen an die Gestaltung der Gesellschaft, Auseinandersetzung mit Monopolkapitalismus, Neoliberalismus, Bolschewismus und Ständestaat, die wichtigsten Mittel zur Verwirklichung unserer Ziele und Grundanforderungen, die Verbindung von sozialistischer Tradition, und schließlich das Bild einer sozialistischen Demokratie — wenn man so will, eine Art moderner Utopie. Die Arbeiten für die Zeitanalyse, die sich daraus ergebenden programmatischen Konsequenzen sind auf vier Unterausschüsse verteilt: Wirtschafts- und Sozialstruktur und die politische Situation; Weltpolitik; Verfassungspolitik im weitesten Sinne; Kulturpolitik und Pädagogik.

Mancher wird sagen — und mancher hat es gesagt —, daß man all dies vielleicht noch schneller bewältigen könnte. Wir teilen den Wunsch nach Beschleunigung, aber abgesehen davon, daß wir alle mit vielen anderen wichtigen und zeitraubenden Dingen beschäftigt sind: eine Welt, die sich dauernd verändert, selbst in der wissenschaftlichen Aussage über ihre Grundlagen, können wir unmöglich in einigen Sätzen programmatisch erfassen. Selbst die Tatsachenkenntnis über den Menschen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge wird durch die heutige Wissenschaft noch nicht eindeutig und unbestritten vermittelt. Trotzdem lohnt sich der Versuch, den wir ja unternehmen, vom

heutigen Stand der Erkenntnisse ausgehend etwas Solides zu schaffen, wenn wir auch wissen, daß es nicht für die Ewigkeit gültig sein wird. Selbstverständlich muß der Entwurf eines Programms, den wir hoffen, in etwa 15 Monaten vorlegen zu können, wobei einige Vorarbeiten weiter auch früher veröffentlicht werden könnten, die Parteiöffentlichkeit durch Kritik und Weiterarbeit beschäftigen. Dieses Programm kann und soll nur Ergebnis einer tätigen Mitarbeit aller sozialistischen Kämpfer sein. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir keine Arbeit und Anstrengung scheuen, dies voranzubringen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht stehen einige weitere Anträge zum Parteitag. Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen vor, Antrag 74 durch diesen Bericht als erledigt zu betrachten, die Anträge 75 und 80 anzunehmen und die Anträge 76, 77 und 79 dem Parteivorstand zu überweisen.

Zum Schluß möchte ich noch mitteilen, daß es uns gelungen ist, das Karl-Marx-Haus in Trier dank vieler Hilfe so auszubauen, daß es mehr sein kann als eine würdige Gedächtnisstätte für einen großen Führer der modernen Arbeiterbewegung (Beifall). Das Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte hat uns dankenswerterweise Hunderte von Kopien bedeutender Briefe von Karl Marx und anderen Originalarbeiten zukommen lassen, die nun im Karl-Marx-Haus studiert werden können. Wir haben auch bereits einen bescheidenen Grundstock für eine Marx-Bibliothek, der noch sehr ausgebaut werden muß. Hier geht unser Appell an die Genossen, uns dabei zu unterstützen, indem sie ihre Bücherbestände auf Schriften von Marx und Engels und deren Schülern untersuchen, sowie auf die Arbeiten bedeutender Kritiker, und sie uns für unsere Bibliothek zur Verfügung stellen (Beifall).

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke dem Genossen Willi Eichler für seinen Bericht. Es folgt jetzt Punkt 5e, Bericht des Frauensekretariats. Ich erteile das Wort der Genossin Herta Gotthelf. (Starker Beifall.)

Herta Gotthelf — Frauensekretariat: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik, die heute für unsere politische Entwicklung entscheidend ist, sind die Frauen. Die Frauenarbeit in der Partei ist deshalb eine wichtige politische Arbeit, die von uns allen und ganz besonders auch von den Genossen ernst genommen werden muß. Das heißt erstens, daß in den Bezirksbüros die organisatorischen Vorbedingungen für unsere Arbeit geschaffen sein müssen. Das ist leider nicht überall der Fall. Das heißt weiter, daß die Versuche unserer Frauen, neue und wirksame Wege der Werbung und Propaganda zu finden, auch von den Genossen unterstützt werden sollen. Auch da ist leider noch nicht alles, wie wir es uns wünschen würden. Und nicht zuletzt heißt das, Genossen, daß wir nicht so bescheiden sein und unser Licht nicht unter den Scheffel stellen sollen.

Wir sollen gerade bei der Kandidatenaufstellung zu Gemeinde-, Landtags- und Bundestagswahl und zu sonstigen Führungsgremien der Partei zeigen, wie viele tüchtige und sachverständige Frauen wir in der Partei haben (Beifall). Unsere Frauen in den Gemeinde- und Landesparlamenten und ganz besonders im Bundestag haben gezeigt, wie sachkundig sie sind, und daß es sich für die Partei und für das ganze deutsche Volk lohnt, Frauen in die Parlamente zu schicken (Beifall). Wir haben eine ganze Reihe von Genossinnen, die in Wahlkreisen gewählt worden sind. Sie haben klar gezeigt, daß es Un-

sinn ist, wenn man immer wieder sagt, Frauen könnten einen Wahlkreis nicht holen. Im Gegenteil! Wir haben bei einigen Wahlen erlebt, daß die Genossin einen unsicheren Wahlkreis geholt hat, während es manchen Genossen gab, der einen sicheren Wahlkreis nicht geholt hat.

Wenn in den Bezirken gut gearbeitet wird, zeigt sich auch, daß wir die Möglichkeit haben, Frauen nicht nur als Wähler, sondern auch als Mitglieder zu gewinnen. Ich freue mich, Euch folgendes berichten zu können. Wir haben im letzten Jahre 2600 neue Frauen für die Partei gewonnen, und bereits im ersten Quartal dieses Jahres haben wir 1100 Frauen neu in die Partei aufnehmen können (Beifall).

Wir bemühen uns aber nicht nur um neue Mitglieder, sondern versuchen auch, die Menschen, die zu uns kommen, bei uns heimisch zu machen. Fast überall sind es die Frauen und die Frauengruppen, die als erste und oft auch als einzige in der Partei den Mut haben, neue Formen der Arbeit auszuprobieren. Leider finden die Frauen aber nicht überall die Unterstützung unserer Genossen bei ihren Versuchen. In diesem Zusammenhang danke ich unseren Genossen aus Hamburg für ihren Antrag Nr. 81, in dem sie unsere Arbeit unterstützen und uns bestimmte neue Vorschläge machen. Parteivorstand, Parteiausschuß und der Frauenausschuß bitten, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, damit wir noch die Möglichkeit haben, ihn recht gründlich gemeinsam durchzudiskutieren.

Wir können auch feststellen, daß von Jahr zu Jahr erfreulicherweise mehr junge Genossinnen verantwortliche Funktionen in unserer Partei übernehmen. Da wir als Frauen der Meinung waren, es hat gar keinen Zweck, immer nur über die Jugend zu sprechen, sondern daß es notwendig ist, auch einmal mit der Jugend zu sprechen, haben wir im Herbst 1954 eine besondere Arbeitstagung mit unseren jungen Genossinnen durchgeführt. Von den 100 Teilnehmerinnen waren 50 zwischen 20 und 30 Jahren alt, und die übrigen 50 waren Genossinnen, die heute im mittleren Alter sind und zumeist aus der alten SAJ kamen. Die Aussprache zwischen jung und alt wurde in voller Offenheit und gegenseitiger Toleranz geführt, und wir haben dabei entdeckt, wie viele tüchtige junge Frauen wir eigentlich in den Bezirken haben. In derselben Zusammensetzung haben eine ganze Reihe von Bezirken ähnliche Tagungen durchgeführt, und sie haben sehr zur Belebung unserer Arbeit beigetragen. Genossen, ich glaube, es wäre ganz nützlich, wenn nicht nur die Frauen, sondern die Partei allgemein solche Tagungen durchführen würde. Manches Mißverständnis zwischen jung und alt könnte dabei aus dem Weg geräumt werden.

Neben den Problemen der Gewinnung des Nachwuchses haben wir uns ganz besonders mit dem Schicksal der Millionen alleinstehender Frauen in Deutschland befaßt und als einzige und erste in der Bundesrepublik das Problem der alleinstehenden Frauen auf einer zentralen Frauenkonferenz in Hersfeld 1955 diskutiert. Dabei haben wir etwas sehr Interessantes feststellen können. Wir haben dieses Thema nicht nur unter wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aspekt behandelt, sondern auch in einem besonderen Referat über die psychologischen Probleme der alleinstehenden Frauen gesprochen. Das Echo, das gerade dieses Thema weit über unsere eigenen Reihen hinaus fand, hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, bei unserem Kampf um die wirtschaftliche und politische Befreiung des Menschen auch seine seelischen Nöte

nicht zu vergessen. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch etwas anfügen, Genossen. Wir haben den Mut besessen, bei dieser wichtigen Zentralkonferenz eine völlig unbekannte junge Psychologin als Hauptrednerin herauszustellen, und gerade das war die Sensation unserer Konferenz. Ich bin überzeugt, daß wir nicht nur viele tüchtige junge Frauen finden, sondern auch viele junge Menschen in den Bezirken hätten, die wir bei etwas Mut mehr herausstellen könnten (Beifall).

Genossen! Von den vielen Anträgen der Frauenkonferenz möchte ich nur einen erwähnen, weil uns das Problem in wachsendem Maße mit Sorge erfüllt. Wir haben uns auf der Frauenkonferenz in einem besonderen Antrag dagegen gewandt, daß das Ministerium Blank versucht, nicht nur die Frauen- und Wohlfahrtseinrichtungen in den Dienst seiner Wehrpropaganda zu stellen, sondern auch die Schulen für die Wehrpropaganda mißbraucht. Wir lehnen das ab (Beifall). Da ausgerechnet in der vom Blank-Ministerium herausgegebenen „Bundeswehrkorrespondenz“ vom 4. Juli 1956 behauptet wird, sozialdemokratische Frauen seien für die Wehrpflicht, weil sie diese als eine gute Erziehungsmaßnahme betrachten, möchte ich hier in aller Deutlichkeit erklären, die sozialdemokratischen Frauen lehnen die Wehrpflicht ab (Beifall). Sie sind der Meinung, man soll die jungen Menschen dazu erziehen, für den Frieden zu leben und zu arbeiten, und nicht dazu, aus Sterben, Töten und Zerstören einen neuen Mythos zu machen (Beifall). Ich bin überzeugt, ich spreche hier nicht nur für die sozialdemokratischen Frauen, sondern für einen großen Teil der Frauen unseres Volkes. Wir sind auch der Meinung, daß es nicht gerade für die politische Intelligenz der Staatsmänner aller Länder spricht, wenn sie auch heute noch, im Zeitalter der Atom- und Wasserstoffbombe, das Soldatenspielen nicht lassen können (Beifall).

In unserer Frauenarbeit haben wir neben den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gerade die Hausfrauen so beschäftigen, besonders den Kampf um die Wiedervereinigung und den Frieden in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt. Als Ausdruck dafür, daß wir nicht wie gewisse Persönlichkeiten in der Bundesrepublik der Meinung sind, daß wir es uns leisten können, in der Frage der Wiedervereinigung geduldig zu sein, veranstalten wir alljährlich große Frauentreffen mit Tausenden von Frauen entlang der Zonengrenze, um diesen unseren Willen zur Wiedervereinigung zu dokumentieren. Vielleicht darf ich besonders den Bezirk Hannover erwähnen, der das größte dieser Frauentreffen an der Zonengrenze veranstaltet hat (Beifall). Unsere Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag haben in beiden Berichtsjahren im Zeichen des Kampfes gegen das Wettrüsten und für die Wiedervereinigung gestanden. Unsere Frauentagsveranstaltungen, besonders die riesigen Grenzveranstaltungen, in denen Tausende unserer Frauen sich mit vielen Hunderten von Frauen aus den Ländern an unseren Grenzen treffen, sind ein immer erfolgreicherer Bestandteil unserer Arbeit geworden. Ich möchte nur erwähnen, daß 1954 nicht nur Frauen von draußen zu uns kamen, sondern daß über 700 bayerische Frauen nach Wien gefahren sind, um mit den Wiener Genossinnen zusammen ihren Frauentag zu feiern. Wir treffen uns aber nicht nur auf internationalen Kundgebungen. In den Bezirken Schleswig-Holstein und Dänemark hat sich seit Jahren die Tradition deutsch-dänischer Studienwochen entwickelt, die abwechselnd in Deutschland und in Dänemark stattfinden.

Etwas Ähnliches machen unsere Genossinnen in Baden mit den Genossinnen aus der Schweiz und dem Elsaß. Wir legen auch in unserer internationalen Arbeit besonderen Wert auf das gegenseitige menschliche Verstehen.

Wir haben im Jahrbuch einen sehr ausführlichen Bericht vorgelegt; darum will ich, weil Sie schon eine ganze Menge Berichte hören mußten, nur noch einiges hervorheben. Besonderen Wert legen wir nach wie vor auf unsere Betriebsarbeit und auf die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Wir sind stolz darauf, daß alles, was in bezug auf die Schutzgesetzgebung für die arbeitenden Frauen im Bundestag durchgebracht worden ist, auf die Initiative der Sozialdemokratischen Partei hin geschehen ist.

Wir Frauen sind ja sehr bescheiden. Aber erlauben Sie mir auch einmal zu loben. Ich bin nämlich ganz besonders stolz und froh darüber, daß hier unter den Betriebsratsvorsitzenden, die als Ehrengäste am Parteitag teilnehmen, sich eine junge Berliner Genossin befindet, die Betriebsratsvorsitzende der Großberliner Firma Telefunken ist. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! In unserer Schulungsarbeit legen wir nicht nur Wert auf die Übermittlung von Sachwissen, sondern ganz besonders auf die Schaffung dieser besonderen Atmosphäre menschlicher Verbundenheit, die uns ja gerade erst die Kraft gibt für unsere schwere Arbeit und die uns davor bewahrt — in dieser Gefahr stehen wir ja alle —, politische Roboter zu werden. Seitdem wir fast auf den Tag vor zehn Jahren mit unserer zentralen Frauenarbeit nach dem Zusammenbruch wieder begonnen haben, waren wir immer bestrebt, die politische Arbeit zu vermenschlichen, um zu zeigen, daß Sozialdemokrat sein mehr heißt, als einen Parteibeitrag zu zahlen und alle paar Jahre einmal SPD zu wählen (Beifall).

Gerade in einer Zeit, die auch im politischen Leben immer seelenloser wird, haben wir versucht, Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe aufzufassen. Wir glauben, Genossinnen und Genossen, diese Art unserer Arbeit ist daran schuld, daß die Frauen, wenn sie erst einmal Mitglieder in der Partei geworden sind, sehr viel beständigere Mitglieder sind; denn wenn sie erst einmal in der Partei sind, dann bleiben sie auch dabei.

Genossen und Genossinnen, wir sind selbstverständlich nicht zufrieden mit unserer Arbeit. Wir werden es erst dann sein, wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Frauen davon zu überzeugen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als einzige deutsche politische Partei sich ohne Vorbehalt für ihre volle politische, wirtschaftliche, soziale und zivilrechtliche Gleichberechtigung einsetzt und daß sie ihre Interessen als Hausfrau, als Mutter und als Arbeitnehmerin vertritt. Und da es Frauen sind, um deren Mitarbeit und Gefolgschaft wir werben, wird letzten Endes immer wieder unsere menschliche Haltung ausschlaggebend sein. Darum bemühen wir uns, nicht nur Wählerinnen zu werben und Mitglieder zu gewinnen, sondern vor allem Sozialisten zu erziehen und selbst Sozialisten zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender von Knoeringen: Ich danke der Genossin Herta Gotthelf für ihren Bericht.

Es wird jetzt vorgeschlagen, Punkt 6 der Tagesordnung gleich anzuschließen: Bericht der Kontrollkommission.